

Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

1·17

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com

In dieser Ausgabe stellen u.a. wir das schnellste Urteil Europas (Italien), ein neues Steuerparadies für Millionäre (Italien) und steuerbegünstigte Gartenfeste (Deutschland) vor. Wir hoffen, dass sich unter unserem Leserkreis Millionäre befinden, die gerne Gartenfeste organisieren und schnelle Prozesse schätzen.

In questa edizione Vi presentiamo fra l'altro la causa più veloce d'Europa (Italia), un nuovo paradiso fiscale per miliardari (Italia) e feste in giardino agevolate dal fisco (Germania). Speriamo di trovare dunque fra i nostri lettori miliardari che organizzano volentieri feste all'aperto e che apprezzino processi veloci.

Neues aus Italien Vertriebsrecht Neues von Dolce · Lauda Seite 2	Gesellschaftsrecht Seite 10
Neues aus Deutschland Neues aus Europa Mystisches Seite 4	Erbrecht Arbeitsrecht Seite 12
Immobilienseite Steuer- und Insolvenzrecht Seite 6	Transport und Spedition Zahlungsverkehr Seite 14
Informationen für Kollegen Seite 8	Übersetzer mangel Steuer Seite 16
Ultime dall'Italia Distribuzione Ultime da Dolce · Lauda Pagina 3	Diritto societario Pagina 11
Ultime dalla Germania Ultime dall'Europa Mistico Pagina 5	Diritto delle successioni Diritto del lavoro Pagina 13
Pagina immobiliare Diritto fiscale e fallimentare Pagina 7	Trasporto e spedizioni Pagamenti Pagina 15
Informazioni per colleghi Pagina 9	Carenza di Traduttori Fisco Pagina 16



Millionäre auf Gartenfest (S.2, S.16) · Millardari in festa (Pag. 3, 16)

Sie finden weitere aktuelle Artikel in unserem Blog (dolce.blog.de):

Gesellschaftsrecht: Zombielimited und Brexit; Gesellschaftserstellung und Gesellschafterliste; Zuständigkeit der „Sezioni specializzate per le imprese“ für die gerichtliche Einberufung einer Gesellschafterversammlung einer s.r.l.; Frist für die Einberufung einer srl · **Informationen für Kollegen:** Smartphone im Gerichtssaal; Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist; Vergütungsvereinbarung 200 % der gesetzlichen Gebühren; Fremdgeld auf Anwaltskonten · **Neues Kartellrecht** in Deutschland · **Unternehmenskauf:** Wissenszurechnung des Geschäftsführers der Targetgesellschaft · **Neues Transportrecht** in Italien geplant

E in più nel nostro blog (dolce.blog.de) questi articoli:

Diritto societario: Zombielimited e Brexit; Posizione e lista dei soci, Competenze delle “sezioni specializzate per le imprese” per la convocazione giudiziaria di una assemblea di una srl; termine per la convocazione di una srl · **Informazioni per colleghi:** Smartphone nelle sale d'udienza; proroga del termine per i motivi d'appello; processo telematico; accordo sugli onorari pari al 200% delle competenze; soldi altrui sui conti degli avvocati; servizi postali privati senza forza di prova piene · Nuova legislazione **antitrust** in Germania · **Cessione d'azienda:** attribuzione della conoscenza dell'amministratore della società target · **Diritto dei Trasporti:** Possibili novità legislative in Italia

NEUES AUS ITALIEN

Ein echtes Steuergeschenk für italophile Millionäre

Der italienische Staat hat mit Gesetz Nr. 232/2016 (Art. 1 Abs. 152 ff) den Millionären aus aller Welt ein Angebot unterbreitet, dass man nicht ausschlagen kann. Unabhängig von der Höhe des Einkommens, das eine Person aus ihren weltweiten Einkünften erzielt, kann sie sich in Italien niederlassen und eine pauschale Steuer (flat-rate) von 100.000 Euro im Jahr zahlen. Es müssen nur folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- Die Person muss in den vergangenen zehn Jahren mindestens neun davon nicht in Italien gelebt haben.
- Sie muss ihre Einkünfte außerhalb Italiens erzielen.
- Sie muss ihren Wohnsitz in Italien anmelden, sodass Italien zum Steuersitz wird.

Wer diese drei Bedingungen erfüllt, zahlt künftig 100.000 Euro im Jahr und ist damit allen Steuerärger los. Er braucht nicht einmal einen Steuerberater, schreibt Hans-Jürgen Schlamp in Spiegel.de, denn das Formular hat drei Seiten und man muss eigentlich nur ein paar Kästchen ankreuzen.

Der Gesetzgeber hat auch den Universalgrundsatz des italienischen Erbschaftssteuerrechts, wonach wenn der Erblasser seinen Wohnsitz in Italien hatte, sein ganzes Vermögen weltweit der italienischen Erbschaftssteuer unterfällt, für die Personen, die die oben genannte Pauschalsteueroption ausgewählt haben, durchbrochen (Art. 1, Abs. 158 des obengenannten Gesetzes): Für die Berechnung der italienischen Erbschaftssteuer kommt hier nur das italienische Vermögen des Erblassers in Betracht. Offensichtlich hat man befürchtet, dass die Millionäre sonst von der italienischen Erbschaftssteuer abgehalten worden wären.

Auch der italienische Verwaltungsrechtsstreit nur noch elektronisch

Nachdem schon seit Jahren in der ordentlichen italienischen Gerichtsbarkeit nur noch elektronisch verkehrt werden kann, gilt dies seit dem 1. Januar 2017 auch für die italienische Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Anders als in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, in der das prozesseinleitende Schriftstück noch in herkömmlicher Art (Papierform) erstellt werden kann, gilt die digitale Form im Verwaltungsprozess von Anfang an.

Der elektronische Verwaltungsgerichtsprozess hat auch eine einzige Plattform, die von der Gerichtsbarkeit selbst zur Verfügung gestellt wird. Anders als im Zivilrechtsstreit, in dem sich jeder Anwalt eine entsprechende Konsole mit entsprechender Software besorgen muss, die ihm einen Zugang gewährleistet, stellt dies die Verwaltungsgerichtsbarkeit selbst zur Verfügung. Es reicht aus, sich die letzte Version von Adobe Acrobat Reader, mit der Möglichkeit, eine digitale Unterschrift zu hinterlegen, herunterzuladen; auf dieser Basis kann man am Verfahren teilnehmen und Schriftsätze einreichen. AB

Nachehelicher Unterhalt

Mit Urteil Nr. 11504 vom 10.5.2017 hat der italienische BGH beim Anspruches auf nachehelichen Unterhalt das bislang konsolidierte Kriterium der „ehelichen Lebensverhältnisse“ dahingehend abgeändert, dass nunmehr der neue Maßstab der „wirtschaftlichen Eigenverantwortung“ gelten soll. Demnach hat der Ehepartner, der den nachehelichen Unterhalt begehrt, zu beweisen, dass er/sie nicht in der Lage ist, für seinen/ihren Lebensbedarf alleine aufzukommen. Bei der Entscheidung handelt es sich

um ein s.g. Elite-Urteil, da sie in einem Sonderfall (der Ehemann ist ein ehemaliger Minister, die Ehefrau eine Unternehmerin) ausgesprochen wurde. Dadurch rücken die Grundsätze des nachehelichen Unterhalts, die zwischen der italienischen und der deutschen Rechtsprechung gelten, immer näher. VR

NEUES VON DOLCE · LAUDA

Rechtsanwalt Cordella Fachanwalt

Herrn Rechtsanwalt Martin Cordella wurde aufgrund seiner nachgewiesenen Leistungen und Erfahrungen der Titel „Fachanwalt für Internationales Wirtschaftsrecht“ verliehen.

In Mission im big apple

An der Jahrestagung unseres Networks World Link for Law, die dieses Jahr im Mai in York stattgefunden hat, haben ca. 60 Delegierte von Rechtsanwaltskanzleien aus der ganzen Welt teilgenommen. Unsere Kanzlei war durch Calo Malossi, Viviana Ramon und André Castelli vertreten. André Castelli wurde für weitere drei Jahre in den Vorstand der Vereinigung gewählt und wird dort seine Aufmerksamkeit insbesondere dem Quality Comitee widmen.

Hochkarätige Sprecher aus den US haben Themen zum Schiedsverfahren (Fragen der Beweisaufnahme bei internationalen Schiedsverfahren) und zum Steuerrecht eingeleitet, die dann Gegenstand von Arbeitsgruppen waren, wie auch das Thema der Vertraulichkeit von Gerichtsverhandlungen im Rechtsvergleich. Das nächste Jahr findet die Tagung in Kopenhagen statt!

9. Italienisch-Deutsches Anwaltsseminar

Am 5. und 6. Mai 2017 hat in Castello di Vezio (Varenna) das Italienisch-Deutsche Anwaltsseminar in seiner 9. Ausgabe statt, organisiert von der „Arbeitsgemeinschaft für internationale Rechtsverkehr im DAV“, Crint e UIA. Unsere Rechtsanwälte Rodolfo Dolce und Angela Bonacino – die alles bestens vorbereitet hat – haben teilgenommen. Themen waren in diesem Jahr: Verhandlungstaktiken, elektronische Aktenführung, Unternehmenskäufe, Insolvenzrecht sowie neueste Aspekte rund ums Zivilverfahren.

Rechtsanwalt Dangel Referent bei PEOPIL

Dr. Stefan Dangel hat an der Jahresversammlung von PEOPIL in München, die in Zusammenarbeit mit dem ADAC stattfand, am 19.05.2017 zum Thema: „Contributory negligence in German Law“ referiert.

Guten Appetit

Rechtsanwalt Rodolfo Dolce ist von der Accademia Italiana della Cucina zum „Delegato onorario“ der Delegation Frankfurt am Main ernannt worden.

VERTRIEBSRECHT

Provisionsanspruch auch ohne Vertrag

Der BGH hatte am 23.11.2016 (VII 269/15) Anlass, an eine interessante Vorschrift des deutschen Handelsrecht zu erinnern, § 354 Abs. 1 HGB: „Wer in Ausübung seines Handelsgewerbes einem anderen Geschäfte besorgt oder Dienste leistet, kann dafür auch ohne Verabredung Provision und, wenn es sich um Aufbewahrung handelt, Lagergeld nach den an dem Ort üblichen Sätzen fordern.“

In dem entschiedenen Fall wehrte sich ein Leasingnehmer gegen die geforderte Zahlung von Überführungskosten für sein geleastes Fahrzeug. Er legte aus seiner Sicht verständlich dar, dass Überführungskosten nicht vereinbart worden sein. Der BGH weist darauf hin, dass § 354 HGB gerade davon ausgeht, dass eben kein Vertrag (Verabredung) zwischen den Parteien geschlossen wurde. Es handelt sich um einen gesetzlichen Anspruch des Handelsrechts, der oft in der Praxis übersehen wird. Der Leasingnehmer musste davon ausgehen, dass die Überführung nicht gratis war und muss jetzt ohne Vereinbarung zahlen.

Wie oft hört man Mandanten klagen: Ich kann nichts geltend machen, wir haben ja keine Verein-

barung getroffen. Dem kann entgegnet werden: Stimmt nicht immer.

Keine Provisionsrückzahlungspflicht des Handelsvertreters bei Beendigung des Vertrages

Ein Versicherungsunternehmen vereinbarte mit seinem Handelsvertreter eine Garantieprovision für einen bestimmten Zeitraum. Danach wurde ein Provisionskonto geführt, auf den die über den monatlichen Pauschalbetrag hinausgehende Provisionszahlung gutgeschrieben, bzw. im Falle von Unterverdienst der Verlust vorgetragen werden sollte. Bei Beendigung des Handelsvertreterverhältnisses wäre der Handelsvertreter verpflichtet gewesen, den unter Verdienst auszugleichen, d.h. die zu viel erhaltenen Provisionen zurückzuzahlen. Das OLG München (9.03.2017, 23 U 2601) sah diese Klausel als unwirksam an, da sie den Handelsvertreter in seiner garantierten Kündigungsfreiheit (§ 89a I Satz 2 HGB) unangemessen beeinträchtigte. Denn der Vertreter hätte sich eine Kündigung nicht leisten können, da er nicht die Mittel gehabt hätte, die zu viel erhaltene Provision zu erstatten. Dem Rechtsstreit lag eine Kündigung des Versicherungsunternehmens zu Grunde.

ULTIME DALL'ITALIA

Dall'Italia un vero regalo fiscale per i milionari

Con l'approvazione della Legge di bilancio N. 232/2016 (Art. 1 comma 152 ss) lo Stato Italiano sottopone ai milionari di tutto il mondo un'offerta che non si può rifiutare. Indipendentemente dal reddito che una persona consegue dalle sue entrate a livello mondiale, chi richiede la residenza in Italia potrà pagare in futuro una tassa fissa pari a 100.000 Euro all'anno (flat-rate), laddove vengano rispettati i seguenti presupposti:

- Nei dieci anni precedenti alla richiesta la persona non deve avere vissuto in Italia per almeno 9 anni
- Gli introiti devono essere stati conseguiti al di fuori dell'Italia
- Deve richiedere la residenza principale in Italia

In questo caso, a parere di Hans-Jürgen Schlamp (cfr. Spiegel.de) non servirebbe nemmeno incaricare un commercialista, dato che è possibile compilare un semplice formulario.

Il legislatore ha inoltre superato la regola universale in materia di successioni, in base alla quale il patrimonio universale del de cuius è soggetto all'imposta italiana sulle successioni in caso di residenza in Italia, per coloro che optino per la tassazione forfettaria di cui sopra (art 1 comma 158). Ai fini del calcolo della tassa di successione italiana, si dovrà tenere in considerazione solo il patrimonio italiano del de cuius. Evidentemente tale opzione è volta ad invitare i milionari in Italia.

Via al processo telematico amministrativo

Dopo il progresso dei tribunali civili italiani che

hanno introdotto, ormai da tempo, il processo civile telematico, dal 1° gennaio 2017 è entrato in vigore il processo telematico anche in ambito amministrativo.

Che cosa cambia? Tutti i nuovi procedimenti amministrativi iscritti a ruolo dovranno essere obbligatoriamente depositati in via telematica. A differenza di quanto accade nel civile, dove solo i difensori hanno l'obbligo del deposito telematico degli atti successivi a quelli con i quali la parte si costituisce in giudizio, nel processo amministrativo l'obbligatorietà del telematico coinvolge tutte le parti del processo.

Una grande novità che distingue il processo amministrativo telematico dal processo civile telematico, è l'unicità del punto di accesso e la superfluità di uno specifico redattore di atti. Infatti, mentre nel processo civile telematico ogni avvocato utilizza una consolle avvocato convenzionata con il proprio ordine oppure acquista una consolle avvocato da un gestore privato, nel processo amministrativo telematico l'accesso avviene tramite il sito istituzionale della giustizia amministrativa dal quale è possibile scaricare gratuitamente l'ultima versione di Adobe Acrobat Reader dotata della facoltà di apporre la firma digitale, attraverso la quale compilare i moduli in pdf per il deposito di atti, istanze ante causam, richieste, ricorsi e molto altro.

Alimenti divorzili

Con la sentenza n. 11504 del 10.5.17 la Cassazione ha cambiato e superato nell'ambito dell'accertamento del diritto all'assegno divorzile il consolidato parametro del "tenore di vita matrimoniale" con il nuovo principio "dell'autosufficienza economica". Il coniuge che richiede l'assegno divorzile dovrà dimo-

strare di non essere in grado di procurarsi i mezzi necessari per essere economicamente autosufficiente. È una sentenza d'elite, pronunciata in un caso limite (il marito è un ex ministro, la moglie un'imprenditrice) che comunque avvicina sempre di più l'orientamento giurisprudenziale italiano a quello tedesco. VR

ULTIME DA DOLCE · LAUDA

Avv. Cordella: Titolo di specializzazione

L'avvocato Martin Cordella ha ottenuto il titolo tedesco di avvocato specializzato per il diritto internazionale d'impresa (Fachanwalt für Internationales Wirtschaftsrecht).

In missione nella grande mela

La conferenza annuale del Network World Link for Law, tenutasi a New York nel mese di maggio, ha visto la partecipazione di circa 60 delegati dagli studi di tutto il mondo. Per Dolce Lauda erano presenti gli avvocati Carlo Malossi, Viviana Ramon e André Castelli, quest'ultimo è stato confermato per i prossimi tre anni nel board dell'associazione, e concentrerà la propria attività nel comitato per la qualità.

La conferenza ha avuto relatori di grande spessore dagli Stati Uniti, ha visto i delegati confrontarsi nei gruppi speciali sull'arbitrato (particolarità dell'assunzione delle prove negli arbitrati internazionali) e fiscale, ed un work shop sui diritti e doveri di riservatezza nella varie giurisdizione. L'anno prossimo ci rivedremo a Copenhagen!

9° Seminario degli avvocati italiani e tedeschi

Il 5 e 6 maggio 2017 ha avuto luogo a Castel Veziro (Varenna) la 9.sima edizione del seminario organizzato dalla "Arbeitsgemeinschaft für internationale Rechtsverkehr im DAV", Crint e UIA. I ns. avvocati Rodolfo Dolce e Angela Bonacina - attivissima nell'organizzazione, hanno partecipato.

Avv. Dangel relatore al PEOPIL

L'avv. Dangel è stato relatore alla riunione annuale del PEOPIL in cooperazione con l'ADAC a Monaco di Baviera il 19.05.17. Il suo tema: Contributory negligence in German Law.

Buon appetito!

L'avv. Rodolfo Dolce è stato nominato dalla Accademia Italiana della Cucina Delegato onorario della Delegazione di Francoforte sul menno,

DISTRIBUZIONE

Diritto alla provvigione anche senza contratto

La Corte federale tedesca di Cassazione ha colto l'occasione in data 23.11.2016 (VII 269/15) per ricordare un'interessante disposizione del diritto commerciale tedesco, il § 354 c. 1 HGB: "Chi procura un affare o fornisce servizi ad un altro nell'esercizio della sua attività commerciale, può richiedere la provvigione anche senza accordo e, se si tratta di custodia può richiedere un'indennità di magazzinaggio secondo le tariffe usuali in loco."

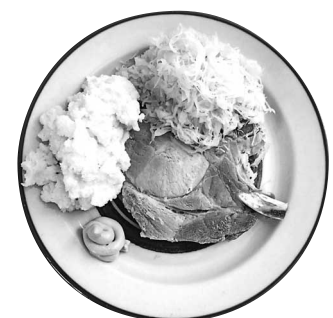
Nel caso specifico l'utilizzatore si opponeva contro la richiesta di pagamento dei costi di trasporto e messa in strada per l'autoveicolo che aveva preso in leasing. Dal suo punto di vista egli esprimeva chiaramente che tali costi non erano stati concordati. La Corte federale tedesca di Cassazione fa presente che il § 354 HGB parte proprio dal presupposto che non sia stato concluso tra le parti alcun contratto (accordo). Si tratta di una pretesa legale del diritto commerciale, che spesso viene trascurata nella prassi. L'utilizzatore doveva presumere che il trasporto e la messa in strada non fossero gratuiti e deve ora pagare anche senza un relativo accordo.

Si sente spesso dire dai clienti: "non posso pretendere niente, visto che non abbiamo concordato

nulla". A tal proposito si può ben osservare, che non è sempre vero.

Nessun obbligo di restituzione del rappresentante di commercio in caso di cessazione del contratto

Una società assicurativa concordava con il suo agente una provvigione a garanzia per un determinato periodo. Sulla base di tale patto, veniva aperto un conto provvigioni sul quale dovevano venir accreditate le provvigioni eccedenti l'importo mensile forfetario, in caso di guadagno inferiore doveva invece venir riportata la perdita. Alla cessazione del rapporto di agenzia l'agente sarebbe stato costretto a compensare l'eventuale perdita, quindi a restituire le provvigioni percepite in eccesso. La Corte d'Appello di Monaco (9.03.2017, 23 U 2601) ha considerato tale clausola inefficace, in quanto limita in modo inammissibile l'agente nella sua libertà di recesso (§ 89a I frase 2 HGB). Ciò in quanto l'agente non avrebbe potuto permettersi il recesso, non avendo la possibilità di restituire la provvigione ricevuta in eccesso. All'origine della controversia vi era stato il recesso da parte della società assicuratrice.



NEUES AUS DEUTSCHLAND

Neues Insolvenzrecht

Am 5.4.2017 ist eine Reform des Insolvenzrechts in Kraft getreten. Bislang musste ein Gläubiger, der einem zahlungsschwachen Schuldner eine Ratenzahlung gewährte, damit rechnen, dass der Insolvenzverwalter (wenn der Schuldner später insolvent wurde) die gezahlten Raten zurückforderte. Die Rechtsprechung ging davon aus, dass allein schon die Einräumung einer Ratenzahlung vermuten ließ, dass der Gläubiger die drohende Zahlungsunfähigkeit des Schuldners kennen musste. Das Gesetz (§ 133 III 2 InsO) stellt nun die für den Individualgläubiger erfreuliche gegenteilige Rechtsfolge fest: Bei Einräumung einer Ratenzahlung wird nun in Zukunft nicht vermutet, dass der Gläubiger von einer Zahlungsunfähigkeit ausgehen musste. Will der Insolvenzverwalter jetzt dennoch die Zahlungen zurückfordern, muss er die Kenntnis des Gläubigers nachweisen. Im Ergebnis handelt es sich also um eine Beweislastumkehr zugunsten des Individualgläubigers.

Die Reform hat auch zu anderen Veränderungen geführt. So wurde die Anfechtungsfrist bei der sogenannten Vorsatzanfechtung von zehn Jahre auf vier Jahre ermäßigt (§ 133 Abs.2 InsO) und das sogenannte „Bargeschäftsprivileg“ (§ 142 InsO) erweitert.

Blacklist für Unternehmen

Am 1.6.2017 hat der Bundestag ein Gesetz zur Einführung eines Wettbewerbsregisters beschlossen (WRegG). Danach sollen alle Straftaten und Ord-

nungswidrigkeiten die von Vertretern des Unternehmens begangen wurden und dem Unternehmen eindeutig zuzurechnen sind, dem Register gemeldet werden (auch ausländische Verurteilungen, wenn entsprechende Informationen vorliegen). Im Vordergrund stehen Straftaten aus dem Bereich der Korruption, Geldwäsche, Umweltsünden, Subventionsbetrug, Kartellrechtsverstöße und Steuervergehen. Bei öffentlichen Ausschreibungen mit einem Wert von über 30.000 Euro ist das Wettbewerbsregister einzusehen. Zweck des Gesetzes ist offensichtlich, schwarze Schafe bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen auszuschließen.

Bekämpfung der Geldwäsche: Transparenzregister

Nachdem der Bundesrat am 2. Juni 2017 zugestimmt hat, wird der Bundespräsident vermutlich noch im Juni 2017 ein Gesetz verkünden, mit dem ein elektronisches Transparenzregister eingeführt wird; dieses soll insbesondere Briefkastenfirmen das Geschäft erschweren. Es enthält die wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen, also vor allem alle Angaben zu den tatsächlichen Eigentümern.

Kontrovers wurde in Deutschland diskutiert, ob das Register für jedermann öffentlich einsehbar sein sollte. Die Bundesregierung hat sich mit ihrer restriktiveren Auffassung durchgesetzt; danach kann das Register zunächst von Behörden, NGO und Journalisten eingesehen werden. Gem. § 23 I Zif 3 des Gesetzes können aber auch sonstige Personen, die ein berechtigtes Interesse geltend machen, das Register einsehen.

Weiterhin wurden u.a. Identifizierungspflichten im Zahlungsverkehr mit Vertragspartnern eingeführt, die bei einem Betrag von 15.000,00 Euro zwingend sind. Auch Rechtsanwälte sind davon betroffen. Die Bußgelder, die bei Verstoß gegen Verletzung von Geldwäschevorschriften verhängt werden können, sind erheblich angehoben worden.

Etwa gleichzeitig wurde die vierte Geldwäscherichtlinie in Italien durch Gesetzesdekret der Regierung Gentiloni vom 26. Mai 2017 umgesetzt. Das Transparenzregister heißt (übersetzt) in Italien: Register der effektiven Inhaber der juristischen Personen und der Trusts.

Facebook spricht Deutsch

Nach einer Entscheidung des Amtsgerichts Berlin-Mitte (15 C 364/16) ist gegen Facebook (Sitz in Irland) ein Versäumnisurteil erlassen worden, obwohl der Kläger die Klage in Irland nur in deutscher Sprache (also nicht in englischer oder keltischer Übersetzung) Facebook zustellen ließ. Facebook machte seine Rechte aus Art. 8 Abs. 1 EuZustVO Gebrauch und wies die Klageschrift mangels Übersetzung zurück. Das Amtsgericht nahm die Zustellung aber dennoch als wirksam an: Angesichts von 20 Millionen Facebook Kunden in Deutschland müsse davon ausgegangen werden, dass Facebook Mitarbeiter beschäftige, die in der Lage sein sollten, Deutsch zu korrespondieren. Eine sehr verbraucherfreundliche Entscheidung.

NEUES AUS EUROPA

Streitschlichtung bei Problemen mit Online-Käufen

Wer im Internet Ware aus einem anderen Staat der EU bestellt und über Qualität oder Quantität enttäuscht wird, kann sich an eine neutrale Streitschlichtungsstelle wenden. Eine erhebliche Hilfe bietet die EU mit ihrer Plattform <https://ec.europa.eu/consumers/odr>; mit Ausnahme von Rumänien, Kroatien und Spanien sind alle für Verbraucher zuständigen Streitschlichtungsstellen aller übrigen europäischen Staaten beteiligt.

Frankreich: Recht auf Offline

Eine in Deutschland und in Italien gleichermaßen diskutierte Frage, ob im Zeitalter der Digitalisierung an Arbeitnehmer online rund um die Uhr erreichbar sein muss, wurde in Frankreich zugunsten der Arbeitnehmer entschieden. Seit dem 1.1.2017 müssen Unternehmen mit mehr als 50 Angestellten den Arbeitnehmern ein Recht auf Abschalten, das „Droit à la déconnexion“, einräumen (Quelle: www.deutschlandfunk.de)

Falscher Verkäufer

Wer von einem Händler einen Neuwagen kauft, gibt oft seinen alten PKW in Zahlung. In vielen Fällen wird der alte PKW nicht auf den Händler überschrieben, sondern von diesem im Auftrag des Kunden weiterverkauft. In einem grenzüberschreitenden Fall hatte eine Verbraucherin vom Händler einen solchen alten PKW gekauft und anschließend aufgrund eines Motorschadens beim Händler reparieren lassen. Der Händ-

ler bestand nun auf Zahlung der Reparaturrechnung, da er nicht Verkäufer gewesen sei und für den Schaden nicht hafte. Der EuGH hat hierzu am 9.11.2016 (Rs C-149/15) eine verbraucherfreundliche Entscheidung getroffen und den Händler, der nur Vermittler auftreten wollte, als Verkäufer im Sinne der Verbrauchsgüterkaufrichtlinie gesehen. Wenn ein Gewerbetreibender als Vermittler auf Rechnung einer Privatperson auftreten möchte, muss er dies dem Käufer mitteilen, ansonsten gilt er eben selbst als Verkäufer.

Die vereinigten Senate des Kassationshof zum verspäteten Rechtsmittel gegen den europäischen Vollstreckungsbescheid

Die vereinigten Senate des Kassationshofs (Urteil vom 20.3.2017, N. 7075) haben die Frage entschieden, wann ein verspäteter Einspruch gegen einen europäischen Vollstreckungsbescheid noch zugelassen werden kann. Die ordentliche Einspruchsfrist beträgt 30 Tage; Art. 20 der Richtlinie (1896/2006) lässt aber eine Überprüfung in Einzelfällen zu, soweit der Schuldner unverzüglich tätig wird.

Was bedeutet nun "unverzüglich" im italienischen Rechtskreis? Der Kassationshof hat hier entschieden, dass auf der Grundlage von Art. 26, dass die Zuständigkeit der nationalen Rechtsordnung für alle Fragen festschreibt, die die Richtlinie nicht ausdrücklich regelt, Art. 650 der italienischen ZPO zur Anwendung kommt, die für einen entsprechenden natio-

nen Mahnbescheid eine Frist von 10 Tagen vorschreibt. Die bereits in den Vorinstanzen unterlegene Partei (LG Udine 2012, OLG Triest 2014) konnte sich nur damit trösten, dass der Kassationshof – aufgrund der neuen, zuvor unentschiedenen Rechtslage – die Kosten des Rechtsstreits gegeneinander aufgehoben hat.

Aus der Entscheidung ist folgendes mitzunehmen: Bei allen Rechtsfragen – insbesondere bei grenzüberschreitenden –, sich sofort an den Rechtsanwalt wenden, damit dieser in kürzest möglicher Frist tätig werden kann. RD AC

Mystisches

Keine Trennungsschuld bei Teufelsbesitz

Nach italienischem Trennungsrecht hat die Feststellung der Schuldfrage für eine Trennung noch weitreichende Folgen in Bezug auf die Höhe des Unterhalts. Das weltliche Landgericht Mailand hat den Umstand, dass die Ehefrau vom Teufel besessen sei, als schuldausschließend bewertet. Einzelheiten zu Beweisaufnahme wurden nicht bekannt (Tribunale di Milano, sez. IX Civile, sentenza 18 gennaio 2017).

ULTIME DALLA GERMANIA

Nuovo diritto fallimentare

Il 5/4/2017 è entrata in vigore la riforma del diritto fallimentare. Finora un creditore che aveva concesso un pagamento rateale ad un debitore in difficoltà doveva aspettarsi che il curatore (nel caso di successiva insolvenza del debitore) richiedesse la restituzione delle rate pagate. La giurisprudenza partiva dal presupposto che già la concessione stessa di un pagamento rateale lasciava presumere che il creditore fosse a conoscenza dell'incombente insolvenza del debitore. La legge (§133 III 2 InsO) prevede invece ora, con effetti positivi per il creditore individuale, che nel caso di concessione di pagamento rateale non vi sarà più in futuro la presunzione di insolvenza. Nel caso in cui quindi il curatore voglia richiedere la restituzione dei pagamenti già versati, deve dimostrare che il creditore era a conoscenza dello stato di difficoltà del debitore. In sostanza si tratta dunque di un'inversione dell'onere della prova a favore del creditore individuale.

La riforma ha portato anche altri cambiamenti. In tal senso è stato anche ridotto il diritto di impugnazione nel caso di impugnazione per dolo da dieci a quattro anni (§ 133 c. 2 InsO) ed esteso il cosiddetto "privilegio per operazioni in contanti" (§ 142 InsO).

Blacklist per imprese

Il Parlamento federale (Bundestag) ha deliberato una legge per l'introduzione di un registro sulla concorrenza (WRegG), dove verranno registrati tutti i delitti e illeciti amministrativi commessi da

rappresentanti di imprese e chiaramente riferibili alle imprese stesse (anche condanne estere, nel caso siano presenti le relative informazioni). In primo piano risultano i delitti relativi a corruzione, riciclaggio, danni ambientali, frodi in materia di sovvenzioni, infrazioni alla normativa antitrust e illeciti fiscali. Nel caso di aste pubbliche con un valore superiore di 30.000 Euro diventa obbligatorio consultare il registro. Scopo della legge è evidentemente quella di escludere le "pecore nere" dalla aggiudicazione di incarichi pubblici.

Registro di trasparenza nella lotta al riciclaggio

In seguito all'approvazione da parte del Consiglio federale (Bundesrat) in data 2 giugno 2017, presumibilmente il Presidente federale tedesco promulgherà entro il mese di giugno 2017 una legge tramite la quale verrà introdotto un registro elettronico di trasparenza, che deve in particolare rendere più difficoltosi gli affari legati alle società offshore. Esso contiene i soggetti delle società legittimati sotto un profilo economico, quindi in particolare i dati dei proprietari effettivi.

In Germania è controverso se il registro debba essere consultabile da tutti pubblicamente. Il governo tedesco si è imposto con la sua linea restrittiva, decretando che il registro può venire innanzitutto consultato da autorità, ONG e giornalisti. Ai sensi del § 23 I cifra 3 della legge, possono consultare il registro anche altre persone, che vantino un interesse legittimo a farlo.

Inoltre vengono introdotti tra l'altro obblighi di identificazione nel pagamento con partner contrattuali, che diventano obbligatori per importi a partire da 15.000,00 Euro. Anche gli avvocati sottostanno a queste regole. Le ammende che vengono applicate in caso di violazione alle norme di riciclaggio di denaro sporco sono state notevolmente aumentate.

Quasi allo stesso tempo è stata attuata in Italia con decreto legge del Governo Gentiloni del 26 maggio 2017 la direttiva antiriciclaggio.

Il Registro di trasparenza in Italia si chiama: Registro dei titolari effettivi di persone giuridiche e trust.

Facebook parla tedesco

In seguito ad una decisione della Pretura di Berlin-Mitte (15 C 364/16) che ha avuto in Germania una notevole rilevanza mediatica, è stata emanata contro Facebook (sede in Irlanda) una sentenza in contumacia, sebbene l'attore abbia fatto notificare a Facebook la domanda giudiziale in Irlanda solo in lingua tedesca (quindi senza traduzione in inglese o celtico). Facebook aveva fatto valere i suoi diritti di cui all'art. 8 c. 1 Regolamento CE sulle notifiche in ambito UE e si era opposta alla domanda per mancanza di traduzione. La Pretura aveva invece stabilito il perfezionamento della notifica: in considerazione dei 20 milioni di clienti in Germania, è da presumere che Facebook abbia dipendenti che siano in grado di corrispondere in tedesco. Quindi una decisione molto a favore del consumatore.

ULTIME DAL'EUROPA

La risoluzione stragiudiziale per acquisti online

Chi acquista online dei beni provenienti da un altro stato dell'UE può rivolgersi ora, in caso di problemi, ad un organo di risoluzione stragiudiziale online. La piattaforma dell'UE <https://ec.europa.eu/consumers/odr> fornisce molte informazioni utili e contatti; fatta eccezione per la Romania, la Croazia e la Spagna, tutti gli organi di risoluzione stragiudiziale ne fanno parte.

Francia: il diritto all'Offline

Una questione ormai ampiamente discussa anche in Germania ed Italia, vertente sul fatto se un lavoratore debba esser sempre raggiungibile online (smartphone sempre acceso) è stata di recente decisa in suo favore in Francia. A partire dall'1/1/2017 le aziende con più di 50 dipendenti devono riconoscere ai lavoratori il cd. "Droit à la déconnexion" (Quel- le: www.deutschlandfunk.de).

L'acquirente falso

Di frequente, chi acquista una nuova macchina, da in acconto la sua vecchia. In molti casi la vecchia vettura non viene intestata al commerciante, bensì rivenduta a terzi per conto del cliente. In una fattispecie a carattere sovranazionale una consumatrice aveva acquistato da un concessionario una vettura usata e poi fatta riparare da quest'ultimo per i danni al motore. Il concessionario ha poi richiesto il paga-

mento dei costi di riparazione, posto che non essendo lui titolare della vettura, non era tenuto – a suo avviso – rispondere per garanzia del danno. La CGUE (sentenza 9.11.2016 C-149/15) ha tuttavia ritenuto in favore del consumatore che anche il commerciante che agisca quale intermediario sia in realtà venditore ai sensi della direttiva sui consumatori. Per evitare tale qualifica, il commerciante deve dunque chiaramente indicare che agisce per conto di un privato.

Le sezioni unite della Cassazione sul termine di riesame dell'ingiunzione di pagamento europea in casi eccezionali

Le sezioni unite si sono di recente (Sentenza 20.03.17 N. 7075) occupate della portata del termine per richiedere il riesame ai sensi dell'art. 20 del Reg. (CE) 1896/2006 di un'ingiunzione di pagamento europeo emessa da un giudice italiano. Tale articolo ammette un riesame tardivo in casi eccezionali anche dopo il decorso del termine di trenta giorni per l'opposizione ordinaria, ma non indica espressamente la durata di tale termine, bensì impone di agire tempestivamente.

La Corte di Cassazione, facendo leva sull'art. 26 che prevede che le questioni procedurali non trattate specificamente nel Regolamento siano disciplinate dal diritto nazionale, ha confermato le decisioni dei giudici di merito (Tribunale di Udine 2012 e Corte di Appello di Trieste 2014) e rigettato la doman-

da della parte intimata, in quanto proposta tardivamente, ovvero oltre il termine di dieci giorni previsto dall'art. 650 del codice di procedura civile italiano per l'opposizione tardiva al decreto ingiuntivo "domestico", decorrenti dal primo atto di esecuzione. Per essa solo la consolazione della compensazione delle spese di giudizio in Cassazione per l'assoluta novità della questione.

A ulteriore conferma di come sia sempre più importante rivolgersi con la massima tempestività ad uno studio legale, e che quest'ultimo agisca nel dubbio entro il più breve termine ipotizzabile. RD AC

Mistico

Escluso l'addebito della separazione in caso di possesso demoniaco

Secondo il diritto italiano la dichiarazione di addebito della separazione ha sempre avuto conseguenze rilevanti per determinare l'entità del mantenimento. Il Tribunale "laico" di Milano ha escluso l'addebitabilità della separazione per il fatto che la moglie fosse posseduta dal diavolo. Non si ha conoscenza dei particolari sull'assunzione di prove (Tribunale di Milano, sez. IX Civile, sentenza 18 gennaio 2017).

IMMOBILIENSEITE

2017 sind in Italien verschiedene Änderungen zum Immobilizarzwangsvollstreckungsrecht in Kraft getreten, und zwar zu dem Verkauf der Immobilie, zu den Voraussetzungen für die Vollstreckungsankündigung, der Wirksamkeit der Pfändung, der Dauer der zu gewähren Ratenzahlung u.a..

Immobilizarzwangsvollstreckung: Grundsätzlich beginnt das Verfahren in dem Zeitpunkt, in dem der Schuldner nicht zahlt. Der Gläubiger muss dann den Erlass eines Vollstreckungsbescheides (oder einen anderen vollstreckbaren Titels) bei Gericht beantragen; mit dem Titel in der Hand muss der Schuldner dem Gläubiger eine Vollstreckungsankündigung mit einer Zahlungsfrist von zehn Tagen zustellen. Zahlt der Schuldner nicht, kann der Gläubiger dem Schuldner das Eigentum entziehen und die Immobilie versteigern, um sich aus dem Erlös zu befriedigen

Im folgenden stellen wir die wichtigsten Änderungen vor:

Die Vollstreckungsankündigung (precetto): In der Ankündigung ist der Gläubiger verpflichtet, den Schuldner darauf hinzuweisen, dass er bei Überschuldung ein Krisenmanagement beantragen kann, in dem der Richter einen Freiberufler ernannt, der für den Schuldner mit dem Gläubiger Verhandlungen über einen Vergleich führt. Dieses Krisenmanagement steht allen Verbrauchern und kleineren Unternehmen, für die nach italienischem Recht kein Insolvenzverfahren eröffnet werden kann, sowie den Unternehmen der Landwirtschaft, Startup, Selbstständigen und gemeinnützigen Körperschaften offen.

Die Krisenmanager („gestori della crisi“) werden in ein eigenes Register, das im Justizministerium geführt wird, eingetragen.

Sollte der Schuldner nach Erhalt der Vollstreckungsankündigung nicht in der gesetzten Frist zahlen und sich aber auch nicht für ein Krisenmanagement entscheiden, kann der Gläubiger innerhalb von 45 Tagen nach Zustellung der Ankündigung die Eintragung der Pfändung in das Immobilienregister erwirken; die Höhe der Pfändung ergibt sich aus dem Vollstreckungsinteresse des Gläubigers (Hauptforderung, Zinsen und Kosten).

Vereinfachte Gläubigeranfechtung: In Zukunft kann der Gläubiger auch in ein Grundstück vollstrecken, wenn dieses vor der Pfändung von dem Schuldner einem Dritten geschenkt wurde. Der Gläubiger kann die Zwangsvollstreckung weiterbetreiben und muss nicht die Entscheidung über seine Anfechtungsklage abwarten. Er muss nur die Frist von einem Jahr nach Durchführung der Schenkung beachten, innerhalb derer er die Pfändung in das mobile Register eintragen muss.

Umwandlung der Immobilienpfändung: Die Einräumung einer Ratenzahlung für die vollstreckte Schuld umfasste bislang 18 Monatsraten und ist mit den neuen Vorschriften auf 36 Monatsraten geändert worden. Die Raten sind an das Vollstreckungsgericht zu zahlen, das die Zahlungen an die Gläubiger weiterleitet.

Frist für die Hinterlegung der Unterlagen beim Katasteramt: Die Frist, in der der Gläubiger die Pfändung und die damit im Immobilienregister erfolgten Eintragung dem Katasteramt anzeigen und die entsprechenden Unterlagen vorlegen muss, ist von 120 Tagen auf 60 Tage verkürzt worden. Der Gläubiger kann die Anzeigepflicht auch durch eine Erklärung des Notars erfüllen. Wird die Anzeigepflicht nicht fristgemäß befolgt, wird die Pfändung unwirksam.

Wertgutachten: Der für das Vollstreckungsverfahren entscheidende Wert wird ausschließlich vom Gutachter bestimmt, den das Gericht ernannt hat.

Publizität der versteigerten oder verkauften Immobilien: Es werden neue Plattformen eingerichtet, die es erleichtern sollen, die gepfändeten Grundstücke zu verkaufen, wie beispielsweise das Internetportal des Justizministeriums „Portale alle vendite“.

Neben den Veröffentlichungen in der Tagespresse setzt sich das Internet durch. Auf den entsprechenden Internetseiten werden Fotos der Immobilie, die technischen Details und die Voraussetzungen, am Zwangsversteigerungsverfahren teilzunehmen, veröffentlicht.

Fehlende Veröffentlichung: Das Zwangsvollstreckungsverfahren wird eingestellt, wenn die vom Gesetz vorgeschriebenen Veröffentlichungen (siehe oben) nicht in den gesetzlichen Fristen erfolgt sind.

Veräußerung der gepfändeten Immobilie: Die Reform hat für das Gericht die Möglichkeit eröffnet, die Immobilien im Internet zu vertreiben (<http://www.astetelematiche.it/>); neben mobilen Gütern und Immobilien aus Zwangsvollstreckungsverfahren können dort Gegenstände und Immobilien aus allen anderen Insolvenzverfahren ersteigert werden.

Zwangsversteigerung bei ausbleibende Geboten: Nach drei ergebnislosen Versuchen der Zwangsversteigerung kann das Gericht das Vollstreckungsverfahren einstellen.

Ratenzahlung der ersteigerten Immobilie: Der Preis, mit dem die Immobilie ersteigert wurde, kann in Raten gezahlt werden, höchstens mit 12 Monatsraten. Bleibt der Käufer auch nur mit einer Rate in Verzug, wird der Zuschlag aufgehoben und die gezahlten Raten werden nicht erstattet.

GG-AB

STEUER- UND INSOLVENZRECHT

Sanierungserlass rechtswidrig

Vielen deutschen Unternehmen die 2008 (und auch schon davor) in die Krise gerieten, wurde von den Finanzbehörden dadurch geholfen, dass der durch den Forderungsverzicht der Gläubiger entstandenen Sanierungsgewinn nicht versteuern werden musste. Andernfalls hätte die durch die Sanierung wiederhergestellte Liquidität allein zur Steuerzahlung dienen müssen.

Der Bundesfinanzhof hat am 28.11.2016 im Großen Senat entschieden, dass der sogenannte Sanierungserlass des Bundesministeriums für Finanzen (vom 27.3.2003, ergänzt am 22.12.2009, BStBl I 2010, 18) gegen den Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung verstößt, d.h., dass es dem Finanzamt verwehrt ist, Steuergeschenke zu verteilen.

Die Entscheidung des BFH hat zu erheblicher Rechtsunsicherheit geführt. Der BFH hat den Finanzämtern nicht im Einzelfall die Möglichkeit genommen, auf Steuern, die sich auf Sanierungen ergeben, zu verzichten; nur die pauschale Vorschrift ist aufgehoben

worden. Bis zum Zeitpunkt, in dem der Gesetzgeber einschreitet und für Klarstellung sorgt, ist allen Unternehmen in der Krise zu empfehlen, sich Schritt für Schritt mit dem Finanzamt abzusprechen.

Haftung des Steuerberaters bei Erstellung des Jahresabschlusses im Falle drohender Insolvenz

Eine Besonderheit des deutschen Insolvenzrechts besteht darin, dass die gesetzlichen Vertreter einer Gesellschaft verpflichtet sind, bei Vorliegen eines Insolvenzgrundes selbst einen Insolvenzantrag zu stellen (§ 15 InsO). Die Sanktionen bei der sogenannten Insolvenzverschleppung sind zum einen strafrechtlich, zum anderen zivilrechtlich da die Geschäftsführer persönlich mit ihrem Vermögen für den sogenannten Insolvenzverschleppungsschaden haften. Der BGH (26.1.2017, IX ZR 285/14) hatte jetzt Anlass festzustellen, dass auch ein Steuerberater, der von der Gesellschaft mit der Erstellung des Jahresabschlusses beauftragt wird, für diesen Schaden grundsätzlich haften kann. Nach § 19 Abs. 2 InsO ist die Überschuldung der Gesellschaft ein Insolvenz-

grund, der den gesetzlichen Vertreter zum Insolvenzantrag verpflichtet. Ob die Gesellschaft überschuldet ist, hängt aber auch davon ab, ob das Vermögen der Gesellschaft zu Liquidationswerten oder zu Fortführungswerten bewertet wird. Ein Teufelskreis: Ist die Gesellschaft überschuldet und kann eine positive Fortführungsprognose nicht gestellt werden, dann muss der Steuerberater die Bilanz zu Liquidationswerten erstellen. Aus einer vielleicht noch unsicheren Insolvenzlage wird dann eine ganz sichere.

Der BGH hat sich sehr ausführlich mit den Pflichten des Steuerberaters befasst, die Geschäftsführung auf eine mögliche Insolvenzreihe hinzuweisen. Eine eigene Haftung des Steuerberaters sieht er dann, wenn entsprechende Anhaltspunkte für die Insolvenz offenkundig sind, die gesetzlichen Vertreter (Geschäftsführer oder Vorstände) sich des Risikos aber offensichtlich nicht bewusst sind. Eine weitere Voraussetzung für die Haftung ist die Darlegung, dass die Gesellschaft auf den Rat des Steuerberaters hin den Insolvenzantrag auch gestellt hätte.

PAGINA IMMOBILIARE

Nel 2017 sono state introdotte diverse modifiche in merito al pignoramento immobiliare. Le novità riguardano la vendita dell'immobile, i requisiti del precetto, l'efficacia del pignoramento, la durata della rateizzazione ecc.

Esecuzione immobiliare: in generale va considerato innanzitutto che la procedura inizia quando il debitore non paga il proprio debito. In questo caso il creditore richiede inizialmente un decreto ingiuntivo (o altro titolo esecutivo) al Giudice. In seguito il debitore riceve l'atto di precetto, ovvero una intimazione ufficiale con la quale il creditore lo avvisa che se non provvederà al pagamento del debito entro dieci giorni, si procederà con l'esecuzione. Se il debitore non paga il proprio debito entro il termine di dieci giorni il creditore potrà senza ulteriore avviso procedere con il pignoramento immobiliare, che consiste nell'espropriazione dei beni immobiliari e nella loro successiva vendita all'asta, al fine di recuperare le somme necessarie a saldare il debito.

Ecco le principali novità dell'attuale normativa.

Atto di precetto: nell'atto deve essere indicato in modo obbligatorio che "Il debitore può, con l'ausilio di un organismo di composizione della crisi o di un professionista nominato dal giudice, porre rimedio alla situazione di sovraindebitamento concludendo con i creditori un accordo di composizione della crisi o proponendo agli stessi un piano del consumatore".

Alla procedura di sovraindebitamento possono accedere tutti consumatori in difficoltà, le imprese commerciali di minori dimensioni (e perciò non fallibili) e altri soggetti con esposizioni debitorie anche potenzialmente rilevanti, quali le imprese agricole, le start up, i lavoratori autonomi, gli enti no profit.

Le attività inerenti questa procedura (che possono sintetizzarsi in un accordo di composizione della crisi da sovraindebitamento, un piano del consumatore e

la liquidazione del patrimonio) sono svolte da professionisti denominati "gestori della crisi" iscritti nell'apposito elenco tenuto dal Ministero della Giustizia.

Se il debitore, dopo aver ricevuto l'atto di precetto, non adempie spontaneamente e non dichiara di volersi avvalere degli strumenti di composizione della crisi, il creditore dopo 45 giorni potrà richiedere la trascrizione dell'atto di pignoramento sull'immobile e così pignorare i beni immobili posseduti del debitore, per un valore complessivo determinato che viene calcolato tenendo conto della copertura del debito, degli interessi e delle spese legali.

Revocatoria semplificata: il nuovo istituto prevede che in caso di donazione di un proprio bene immobile prima del pignoramento, il creditore può comunque procedere all'esecuzione forzata ancor prima di aver ottenuto la c.d. revocatoria, ossia, la sentenza d'inefficacia dell'atto se provvede a trascrivere il pignoramento entro 1 anno dalla data in cui l'atto del debitore è stato trascritto.

Conversione pignoramento immobiliare: la possibilità di ottenere una rateizzazione del debito cambia da 18 mesi previsti dalla vecchia norma, si passa ora a versamenti mensili da effettuarsi entro un termine massimo di 36 mesi. Il giudice provvederà con scadenza semestrale a distribuire le somme versate ai creditori.

Tempo per il deposito della documentazione ipocatastale: cambia da 120 giorni a 60 giorni il termine di consegna dell'estratto del catasto e della certificazione delle iscrizioni e trascrizioni relative all'immobile pignorato, documentazione che può comunque essere sostituita da un certificato notarile attestante le risultanze delle visure catastali e dei registri immobiliari. Bisogna stare molto attenti al rispetto di tale termine poiché, in caso di mancato rispetto, il giudice dichiara l'inefficacia del pignoramento.

Stima immobile pignorato: si riferirà esclusivamente al valore di mercato stimato dal perito nominato dal giudice.

Pubblicità delle vendite dei beni pignorati: introdotti nuovi strumenti per pubblicizzare i beni pignorati e messi in vendita o all'asta come ad esempio la sezione speciale inaugurata sul sito del Ministero della Giustizia denominata "portale delle vendite".

Alle normali forme di pubblicità cartacea – sui maggiori quotidiani o su quelli locali – si sono affiancate le pubblicità telematiche. È sufficiente andare su uno dei siti autorizzati per avere le foto dell'immobile, la consulenza tecnica e conoscere le modalità per partecipare all'asta.

Mancata pubblicità: il processo esecutivo è estinto nel caso in cui non venga effettuata la prescritta pubblicità alla vendita entro i termini previsti per legge.

Vendita dell'immobile pignorato: la recente riforma ha introdotto anche la possibilità di procedere con vendita telematica dei beni pignorati tramite il sito ufficiale <http://www.astetelematiche.it/> utilizzabile per vendere telematicamente sia beni mobili che beni immobili, nell'ambito delle procedure concorsuali e delle procedure esecutive individuali mobiliari ed immobiliari.

Esecuzione forzata con vendita deserta: se dopo 3 tentativi di vendita all'asta del bene non si giunge ad una aggiudicazione, il Giudice può mettere fine alla procedura esecutiva.

Rateizzazione del pagamento del bene venduto all'asta: viene concessa la possibilità di pagare a rate il bene pignorato e poi venduto. La rateizzazione non può superare 12 mesi. In caso di mancato pagamento anche di una sola rata la vendita viene risolta senza possibilità di recuperare le rate già versate.

GG - AB

DIRITTO FISCALE E FALLIMENTARE

Decreto di risanamento contrario alla legge

Molte imprese tedesche che nel 2008 (e già anche prima) erano entrate in situazioni di crisi, hanno ricevuto aiuto dalle autorità fiscali, non dovendo sottoporre a tassazione l'utile di risanamento sorto dalla rinuncia al credito da parte dei creditori. In caso contrario avrebbero dovuto utilizzare la liquidità ripristinata con il risanamento per il pagamento delle imposte.

La Corte Tributaria federale tedesca ha deciso il 28.11.2016 a sezioni riunite che il cosiddetto decreto di risanamento del Ministero federale tedesco delle Finanze (del 27.3.2003, c.i.d. 22.12.2009, BStBl I 2010, 18) è contrario al principio della legalità dell'azione amministrativa, e quindi è vietato all'Ufficio Imposte di fare regali fiscali.

La decisione ha creato una grande incertezza del diritto. La Corte non ha tolto agli Uffici Imposte la possibilità, nei singoli casi, di rinunciare alle imposte che maturano dai risanamenti; solamente la disposizione generale è stata abrogata. Fino a quando il legislatore non porrà rimedio a fine di chiarimento, è consi-

gliabile a tutte le imprese in crisi di consultarsi passo per passo con l'Ufficio Imposte.

Responsabilità del commercialista nella compilazione del bilancio in caso di rischio di insolvenza

Una particolarità del diritto fallimentare tedesco consiste nel fatto che il rappresentante legale di una società è obbligato a presentare richiesta di fallimento nel caso sussista una situazione di insolvenza (§ 15 InsO). Le sanzioni in caso di ritardo nella presentazione della relativa richiesta sono sia penali che civili, visto che l'amministratore risponde personalmente con il suo patrimonio per i cosiddetti danni derivanti dal ritardo nella presentazione della domanda di insolvenza. La Corte federale tedesca (BGH 26.1.2017, IX ZR 285/14) ha accertato in tale caso che anche un commercialista, incaricato dalla società per la compilazione del bilancio, può sostanzialmente rispondere per tali danni. Ai sensi del § 19 Abs. 2 InsO il sovraindebitamento della società è una causa di insolvenza, che obbliga il rappresentante legale a

presentare la relativa domanda. Se la società è indebitata, dipende spesso dal fatto se il patrimonio della società viene valutato in valori di liquidazione o in valori potenziali. Un circolo vizioso: se la società è sovraindebitata e non può essere fatta una prognosi positiva di prosecuzione d'impresa, il commercialista deve fare il bilancio in valori di liquidazione. Da una situazione di insolvenza forse ancora incerta, si crea una situazione di insolvenza certa.

La Corte federale tedesca si è occupata esaurientemente degli obblighi del commercialista, di far presente all'amministrazione di una società un'eventuale sussistenza di una situazione di insolvenza. La Corte vede una responsabilità propria del commercialista nel caso in cui vi siano chiari elementi di un'insolvenza e i rappresentanti legali (amministratore o consiglio di amministrazione) non siano peraltro evidentemente coscienti del rischio. Un'ulteriore presupposto per la responsabilità del commercialista è la probabilità che la società avrebbe poi effettivamente presentato la domanda di insolvenza su consiglio del commercialista.

INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

Abfindung zu früh gezahlt: Schaden für den Arbeitnehmer!

Eine für deutsche Kollegen, die vor dem Arbeitsgericht Arbeitnehmer vertreten, wichtige Entscheidung hat das BAG am 23.6.2016 (8 AZR 757/14) getroffen. Das klassische deutsche Verfahren im Arbeitsrecht ist das Kündigungsschutzverfahren. Dem Arbeitnehmer wird gekündigt und dieser klagt gegen die Wirksamkeit der Kündigung. 80 % der Fälle enden mit einem Abfindungsvergleich; der Arbeitnehmer akzeptiert die Beendigung des Arbeitsverhältnisses und erhält für den Verlust seines Arbeitsplatzes eine Abfindungszahlung. Für die Arbeitnehmer ist es aus steuerlichen Gründen von Bedeutung, die Abfindung nicht in dem Jahr zu erhalten, in dem sie noch gearbeitet haben, sondern im folgenden Jahr, in dem sie zunächst keine weiteren Einkünfte erwarten und daher einem wesentlich geringeren Steuersatz unterliegen. Aus diesen Gründen vereinbarte der Rechtsanwalt eines Arbeitnehmers mit dem Arbeitgeber die Fälligkeit der Zahlung für den Januar des Folgejahrs. Der Arbeitgeber hielt sich nicht daran und zahlte bereits im Dezember des Vorjahres, sodass der Arbeitnehmer für dieses Jahr wegen des höheren Einkommens viel mehr Steuern zahlen musste. Das Bundesarbeitsgericht hat nun festgestellt, dass der Arbeitgeber hierfür nicht haftet. Wenn in einem Vergleich eine Fälligkeit vereinbart wurde, bedeutet das nicht automatisch, dass der Arbeitgeber nicht auch vor Fälligkeit leisten darf. Möglicherweise liegt hier ein Anwaltsverschulden vor: Der Rechtsanwalt hätte im Vergleich aufnehmen müssen, dass der Arbeitgeber nicht vor Fälligkeit hätte zahlen dürfen. So sieht es auch das Gericht.

Ratgeber für Rechtsanwälte, die in der EU grenzüberschreitend tätig sind

Der Rat der europäischen Anwaltschaften (CCBE) hat einen Leitfaden über die Freizügigkeit von Anwälten veröffentlicht. Alle Fragen, die sich aus einer grenzüberschreitenden Tätigkeit ergeben, werden behandelt (http://www.ccbe.eu/fileadmin/speciality_distribution/public/documents/EU_LAWYERS/EUL_Guides___recommendations/EN_FML_2016_Guide.pdf)

Berufungsbegründung nur wirksam bei anwaltlicher Leistung

Ein Anwalt hatte in einer Arzthaftungssache für seinen Mandanten vor dem Landgericht gekämpft, aber in erster Instanz verloren. Die Entscheidungsgründe des Urteils waren überzeugend, sodass der Anwalt seinem Mandanten von einer Berufung abriet. Der starsinnige Mandant insistierte und reichte selbst beim Oberlandesgericht eine eigene „Berufung“ mit Begründung ein. Nachdem er darüber belehrt wurde, dass ein nicht anwaltlicher Schriftsatz folgenlos bleibt, überredete er seinen ehemaligen Prozessbevollmächtigten dazu, die Berufung mit seiner selbstgefertigten Begründung einzureichen. Der Rechtsanwalt ließ sich dazu erweichen, fertigte einen Schriftsatz aus und teilte dem Gericht mit, dass er „auf ausdrückliche Weisung des Klägers“ Berufung einlegen würde. Die Begründung des Mandanten kopierte der Rechtsanwalt und fügte diese in seinem Schriftsatz ein, das uneinheitliche Schriftbild war offensichtlich,

und der Anwalt führte die Begründung mit der Vorbemerkung ein: „der Kläger lässt vortragen...“.

Das Oberlandesgericht wies die Berufung mit der interessanten Begründung als unzulässig zurück, dass der Rechtsanwalt eine eigene Erklärung hätte abgeben müssen. Nach Auffassung der Richter habe sich aber hier der Rechtsanwalt von der von ihm unterschriebenen Berufungsbegründung distanziert; er habe deutlich gemacht, eine fremde Erklärung übermitteln zu wollen. Der BGH wies die dagegen eingelegte Rechtsbeschwerde zurück (14.03.2017, VI ZB 34/16).

Der BGH wies bereits in anderen Zusammenhängen darauf hin, dass für eine wirksame Berufungsbegründung die eigene Verantwortung des Rechtsanwalts für den Schriftsatz eindeutig hervorgehen muss; dafür würde es ausreichen, wenn ein anderer Rechtsanwalt mit dem Zusatz „i. V.“ (=in Vertretung) unterzeichnet, nicht aber bei dem Zusatz „i. A.“ (=im Auftrag); hier würde der Rechtsanwalt nur als Erklärungsbote auftreten (BGH, 5.11.1987, V ZR 139/87).

Unverschuldeter Rechtsirrtum des Anwalts

Die deutsche Rechtsprechung verlangt vom deutschen Rechtsanwalt, dass er in allen Rechtsgebieten die Rechtsprechung verfolgt und den Inhalt der Neuen Juristischen Wochenschrift (NJW) kennt. Die aufmerksame Lektüre der gesamten NJW würde dabei mindestens einen Arbeitstag in der Woche in Anspruch nehmen. Umso erfreulicher ist jetzt eine Entscheidung des BGH (9.3.2017, V ZB 18/16), nach welcher der Rechtsanwalt einen unverschuldeten Rechtsirrtum unterliegen würde, wenn er die Berufung in einer Wohnungseigentumssache aufgrund einer unrichtigen Rechtsmittelbelehrung nicht bei dem zuständigen besonderen Berufungsgericht, sondern beim fälschlich angegebenen allgemein zuständigen Berufungsgericht eingelegt. Hier haftet der Rechtsanwalt seinem Mandanten gegenüber nicht, wenn er der unrichtigen Belehrung des Gerichts folgt.

Ordnungsgeld wegen Nichterscheinen einer juristischen Person vor Gericht

In der Praxis kommt es immer wieder vor, dass das Gericht die Parteien persönlich zu den Verhandlungen lädt. Erscheint eine Partei nicht, kann das Gericht ein Ordnungsgeld gegen sie verhängen. In der Praxis kommt es leider aber auch immer wieder vor, dass das Gericht dann ein Ordnungsgeld gegen die Person des gesetzlichen Vertreters (Vorstand, Geschäftsführer) der juristischen Person verhängt. Wie der BGH richtig stellt, darf ein Ordnungsgeld aber nur gegen die juristische Person selbst verhängt werden (30.03.2017, BLw 3/16).

Belluno: Schnellstes Landgericht Europas

Nachdem wir so oft über die langsam arbeitende italienische Justiz berichten mussten, freut es uns besonders, über eine im Rekordtempo behandelte und entschiedene Klage zu berichten. Unser Kollege Martin Cordella hat am 2.3.2017 in eigener Sache Klage eingereicht und bereits am 19.4.2017 hat das Tribunale di Belluno darüber entschieden (Sentenza n. 40/2017 pubbl. il 19/04/2017 RG n. 49/2017). Auch in der Sache ist das Urteil für grenzüberschreitend tätige Kollegen

interessant: Die italienische Versorgungskasse für Rechtsanwälte wollte dem Kollegen, der in Frankfurt am Main tätig ist, die Befreiung von der italienischen Sozialversicherung nicht gewähren, obwohl er nachgewiesen hatte, im hessischen Versorgungswerk einzuzahlen. Bei einem so klaren Fall konnte der Richter nicht anders, als sofort zu entscheiden.

Lasik-Operation und Krankenversicherung

Rechtsanwälte müssen viel lesen und brauchen früh eine Lesebrille. Weltweit setzt sich als Alternative eine sogenannte Lasik-Operation durch, mit der die altersbedingte Leseschwäche operativ durch Lasereingriff beseitigt wird. Die deutschen Krankenkassen vertraten bislang den Standpunkt, dass man bei einem altersbedingten Manko, der fast die Hälfte der Bevölkerung betrifft, nicht von Krankheit im versicherungsrechtlichen Sinne sprechen kann, insbesondere weil es mit Brillen und Kontaktlinsen kostengünstige Alternativen gibt. Der BGH (29.03.2017 – IV ZR 533/15) folgt dieser Auffassung nicht: Die Krankenkassen werden in Zukunft die Operation zahlen müssen.

Täuschung durch Nutzung einer fremden elektronischen Unterschrift

Italien hat schon in den 1990er Jahren die zertifizierte elektronische Unterschrift eingeführt. Die digitale Unterschrift ist ein Verfahren der Informatik, das sich auf zwei Verschlüsselungen (kryptografisch, mit asymmetrischen Schlüsseln, eine öffentlich-rechtliche und eine private Verschlüsselung), stützt. Mit dem Verfahren wird die Echtheit der Identität des Unterzeichnenden garantiert, die Sicherheit der Herkunft, die Zustellung des Dokuments und die Sicherheit, dass dieses nicht verändert wurde und der Inhalt vertraulich geblieben ist, gewährleistet.

Was nun, wenn jemand die elektronische Unterschrift eines anderen ohne dessen Einverständnis nutzt? Die im Unternehmensrecht spezialisierte dritte Kammer des Landgerichts Rom (Urteil n. 1127/2017 del 23.01.2017) hatte einen entsprechenden Fall entscheiden, in dem ein Geschäftsführer einer Gesellschaft behauptete, dass andere eine angeblich von ihm unterzeichnete Gesellschafterliste und einen Übereignungsvertrag beim Handelsregister eingereicht hätten und dass er damit seine Gesellschafterstellung ohne Rechtsgrund verloren hätte.

Art. 21 des „Codice dell’Amministrazione Digitale“ sieht bei der elektronischen Unterschrift eine Vermutung vor, dass der Inhaber der digitalen Unterschrift auch Aussteller der Erklärung ist; diese kann aber auch widerlegt werden. Beweisbelastet ist daher derjenige, der die Falschheit der Unterschrift behauptet.

Im entschiedenen Fall hat der Geschäftsführer nachweisen können, dass er zum Zeitpunkt, der sich aus dem elektronischen Dokument für die Sendung ergab, er nicht an dem Ort sein konnte, an dem er angeblich das Dokument elektronisch unterzeichnet haben sollte. Das Landgericht ist daher dem Antrag gefolgt und hat den Anteilsübereignungsvertrag und die Gesellschafterliste für nichtig erklärt.

INFORMAZIONI PER COLLEGHI

Indennità pagata in anticipo: danni per il dipendente!

La Corte federale tedesca di cassazione sezione lavoro ha preso il 23/6/2016 un'importante decisione (8 AZR 757/14) per i colleghi tedeschi che difendono un dipendente davanti al Tribunale del lavoro. Il classico procedimento tedesco nel diritto del lavoro è il procedimento per la protezione contro i licenziamenti ingiustificati. Il dipendente viene licenziato e agisce contro l'efficacia del licenziamento. Nell'80 % dei casi la causa viene chiusa con una transazione che prevede un indennizzo, il dipendente accetta la cessazione del rapporto di lavoro e riceve in cambio un'indennità. Per il dipendente è importante a fini fiscali ricevere questo indennizzo non nell'anno in cui ha lavorato, ma nell'anno successivo, nel quale per il momento egli non prevede di avere altre entrate e per il quale sarebbe conseguentemente soggetto ad una aliquota di imposta fiscale considerevolmente inferiore. Per questo motivo l'avvocato del dipendente concordò con il datore di lavoro quale termine per il pagamento il mese di gennaio dell'anno successivo. Il datore di lavoro però pagò già a dicembre dello stesso anno, così il dipendente dovette pagare molte più tasse. La Corte federale di cassazione sezione lavoro ha stabilito che il datore di lavoro non è responsabile per questo. Quando in una transazione viene stabilito un termine di esigibilità, non significa automaticamente che il datore di lavoro non possa eseguirlo prima della scadenza. Forse è intravedibile qui una colpa dell'avvocato: egli avrebbe dovuto prevedere nell'accordo che il datore di lavoro non poteva pagare prima della scadenza. Così la vede anche al giudice.

Vademecum per gli avvocati UE

Il consiglio dell'avvocatura europea (CCBE) ha divulgato un vademecum sulla libertà di circolazione degli avvocati. Qui vengono trattate tutte le questioni che risultano da una attività transfrontaliera. (http://www.ccbe.eu/fileadmin/speciality_distribution/public/documents/EU_LAWYERS/EUL_Guides___recommendations/EN_FML_2016_Guide.pdf)

Motivazioni d'appello valide solo se rese dall'avvocato

Un avvocato aveva assistito un cliente davanti al Tribunale in una causa di responsabilità medica, ma in prima istanza aveva perso. Le motivazioni della sentenza erano convincenti, sicché l'avvocato aveva consigliato al cliente l'appello. Il puntiglioso cliente insistette e presentò egli stesso un proprio "ricorso" motivato alla Corte d'Appello. Quando venne informato che un ricorso non presentato da un avvocato non veniva preso in considerazione, convinse il nominato procuratore a presentare l'appello utilizzando le motivazioni già da lui preparate. L'avvocato si lasciò convincere e preparò un ricorso con il quale comunicava al giudice che lui depositava l'appello "su esplicito direttive del cliente". Le motivazioni del cliente vennero copiate dall'avvocato nel proprio ricorso; palese era la non omogeneità dell'atto, introdotto con la premessa: "l'attore fa esporre...".

La Corte d'appello rigettò l'appello indicando un'interessante motivazione, ovvero che l'avvocato avrebbe dovuto fornire una propria esposizione. Secondo il parere del Giudice nel caso di specie l'avvocato si era distanziato dalle motivazioni dell'appello; egli ha rilevato in modo chiaro di voler trasmettere la propria estraneità alle dichiarazioni. La Corte federale di Cassazione ha respinto il ricorso presentato contro la decisione suddetta (14.03.2017, VI ZB 34/16).

La Corte federale di Cassazione (BGH) ha ritenuto già in altri contesti che per una valida motivazione d'appello deve emergere inequivocabilmente la responsabilità propria dell'avvocato per la memoria l'atto; sotto questo aspetto sarebbe stato sufficiente che un altro avvocato avesse firmato con l'appendice "i.V." (= in sostituzione), ma non con l'appendice "i.A." (= su incarico), qui l'avvocato avrebbe avuto solo il ruolo di trasmettitore di dichiarazione (BGH, 5.11.1987, V ZR 139/87).

Errore giuridico incolpevole dell'avvocato
La giurisprudenza tedesca pretende che gli avvocati tedeschi seguano la giurisprudenza di ogni materia e conoscano il contenuto della rivista NJW. La lettura attenta dell'intera NJW occuperebbe almeno un'intera giornata di lavoro ogni settimana. È intervenuta una piacevole decisione della Corte federale tedesca di cassazione (9/3/2017, V ZB 18/16), dopo che un avvocato aveva commesso un incolpevole errore giudiziario, quando questi a causa di un errata indicazione dei mezzi di impugnazione aveva proposto appello in una causa condominiale non davanti alla Corte d'Appello con particolare competenza, ma erroneamente depositandolo presso la Corte d'Appello generalmente competente. In questo caso l'avvocato non è responsabile nei confronti del cliente, se egli ha seguito l'erroneo ammonimento del giudice.

Sanzione pecuniaria per mancata comparizione di una persona giuridica davanti al tribunale

Nella prassi accade sempre più spesso che il tribunale inviti le parti a comparire personalmente in udienza. Nel caso in cui una parte non compaia, il tribunale può infliggere una sanzione pecuniaria al rappresentante legale (presidente, amministratore) della persona giuridica. Come giustamente obiettato dalla Corte federale tedesca di Cassazione, una sanzione pecuniaria può essere comminata solamente alla persona giuridica e non – come spesso succede – alla persona fisica (30.03.2017, BLW 3/16)

Belluno: il più veloce tribunale in Europa

Dopo esserci tante volte lamentati della lenta giustizia italiana, ci rallegriamo particolarmente nel potervi riferire di un record di tempo nella decisione di un ricorso. Il nostro collega Martin Cordella ha depositato in una propria causa un ricorso il 2/3/2017 ed il Tribunale di Belluno ha deciso il 19.4.2017 (Sentenza n. 40/2017 pubblicata il 19/04/2017 RG n. 49/2017). Anche nella fattispecie la sentenza è interessante per i colleghi che lavorano in ambito transfrontaliero: la Cassa Forense italiana non voleva concedere l'esenzione dal pagamento dei contributi sociali al collega che esercita a Francoforte sul Meno, sebbene egli avesse comprovato di versare i

contributi alla cassa di previdenza dello stato federale dell'Assia. Con un caso così chiaro il Giudice non poteva che decidere immediatamente.

Operazione- Lasik e assicurazione sanitaria

Gli avvocati devono leggere molto e hanno presto bisogno di occhiali da lettura. In tutto il mondo si diffonde come alternativa la cosiddetta "Operazione-Lasik", tramite la quale vengono risolti i problemi di vista dovuti all'età con un intervento laser. Le assicurazioni sanitarie tedesche hanno sempre sostenuto sinora che in caso di un deficit dovuto all'età, che coinvolge quasi la metà della popolazione, non si potesse parlare di malattia ai sensi del diritto delle assicurazioni, in particolare perché vi sono delle alternative a basso costo quali gli occhiali e le lenti a contatto. La Corte federale tedesca di Cassazione (29.03.2017-IV ZR 533/15) non è della stessa opinione. In futuro le assicurazioni pagheranno.

Utilizzo fraudolento di firma digitale altrui

L'Italia è stata il primo paese europeo a disciplinare una propria firma elettronica già alla fine degli anni novanta. La firma digitale è il risultato di una procedura informatica basata su un sistema di codifica crittografica a chiavi asimmetriche (una pubblica e una privata), che consente:

la sottoscrizione di un documento informatico, la verifica dell'identità del soggetto firmatario da parte dei destinatari, la sicurezza della provenienza e della ricezione del documento, la certezza che l'informazione contenuta nel documento non sia stata alterata e la segretezza dell'informazione contenuta nel documento.

Che cosa succede però se qualcuno usa la firma digitale altrui senza il suo consenso? Il Tribunale di Roma, sez. III civ., sezione specializzata in materia di impresa, con sentenza n. 1127/2017 del 23/1/2017, si è trovato a decidere sulla validità della firma digitale apposta dall'amministratore di una società per azioni su alcuni documenti.

Nel caso specifico l'amministratore, che promosse la causa, sostenne che i convenuti avevano formato e trasmesso al Registro delle Imprese dei verbali d'assemblea falsi, utilizzando abusivamente la firma digitale dell'amministratore, così rimuovendo quest'ultimo dalla carica e trasferendo le quote societarie ad altro soggetto senza alcun diritto.

L'art. 21 del Codice dell'Amministrazione Digitale prevede che l'utilizzo del dispositivo di firma "si presume riconducibile al titolare, salvo che questi dia prova contraria". L'onere della prova è quindi posto a carico di chi opera il disconoscimento della sottoscrizione, che dovrà dimostrare di non aver apposto la firma digitale sul documento incriminato.

Nel caso sottoposto al tribunale romano, l'amministratore è riuscito a dimostrare che nel giorno e nell'ora in cui l'atto risultava firmato digitalmente si trovava in un luogo incompatibile con quello ove risultava essere stata apposta la firma digitale. Conseguentemente è stata dichiarata la nullità dell'atto di cessione delle quote societarie e l'invalidità della rimozione del nuovo amministratore dal proprio incarico. AB

GESELLSCHAFTSRECHT

Umzug einer GmbH nach Italien

Das Oberlandesgericht Frankfurt hat in seiner Entscheidung vom 3.1.2017 (20 W 88/15) als erstes deutsches Gericht sich mit dem sogenannten Hinausformwechsel einer GmbH befasst und in Anlehnung an die VALE-Entscheidung des EUGH (12.07.2012, C 378/10) eine grenzüberschreitende Sitzverlegung mit Rechtsformwechsel für zulässig erachtet.

Die Gesellschafter einer deutschen GmbH, die ihre Tätigkeit in Zukunft ausschließlich in Italien ausüben wollte, wollten nicht die Gesellschaft im deutschen Handelsregister löschen müssen um dann eine gleichnamige in Italien (wieder) zu gründen, sondern unter Wahrung der Identität der Gesellschaft einfach „umziehen“ und dabei die entsprechende italienische Rechtsform annehmen. Eine GmbH wurde zur Srl.

Der Fall ist unsere Kanzlei wohl bekannt, weil wir die Entscheidung selbst erwirkt haben. Die Gesellschaft besaß Grundstücke in Italien, eine Löschung und Neueintragung der Gesellschaft hätte einen Verkauf der Grundstücke von der alten an die neue Gesellschaft erfordert und damit zu erheblicher Grunderwerbsteuer geführt, sodass die Wahrung der Rechtsidentität unbedingt erforderlich war.

In der deutschen Rechtsprechung war man sich bis dahin einig, dass ein Hinausformwechsel aus Deutschland in ein Mitgliedstaat grundsätzlich zulässig ist; da man in der Wandlung von der deutschen GmbH in eine italienische srl vor allen Dingen eben eine Umwandlung sieht, war man (und ist sich) grundsätzlich einig, dass die Voraussetzungen des deutschen Umwandlungsgesetzes gewahrt werden müssen, d.h. dass eine umzugswillige Gesellschaft zunächst die vielen Voraussetzungen für eine deutsche Umwandlung erfüllen muss, vom Gläubigeranruf bis zur Beteiligung des Betriebsrats.

Die Besonderheit im vorliegenden Fall lag darin, dass die Gesellschafter (die Gesellschaft hatte weder Gläubiger noch Arbeitnehmer) einfach einen deutschen Notar aufsuchten und dort den Beschluss fassten, den Sitz nach Rom zu verlegen und fortan nicht mehr die Rechtsform der GmbH fortzuführen, sondern die der srl anzunehmen. Das Landgericht Rom hat die Gesellschaft darauf hin – über den Antrag einer römischen Notarin – im italienischen Handelsregister eingetragen.

Ob die Entscheidung des italienischen Gerichts richtig war, kann dahingestellt bleiben. Nach den Grundsätzen der VALE Entscheidung müssen bei einer grenzüberschreitenden Sitzverlegung mit Rechtsformwechsel beide Rechtsordnungen betrachtet werden, sowohl die deutsche für den wirksamen Auszug, wie auch die italienische für den wirksamen Einzug. Das italienische Gericht hat hier die Voraussetzungen des deutschen Rechts nicht geprüft.

Gem. § 202 Abs. 1 Satz 3 Umwandlungsgesetz werden aber Mängel des Verfahrens durch die Eintragung im Handelsregister geheilt. Das OLG Frankfurt hat diese Norm EU-konform ausgelegt; sie gilt unstreitig für ein deutsches Handelsregister, so hat sie auch für ein italienisches zu gelten. Ist die Gesellschaft erst einmal eingetragen, ist die Umwandlung vollzogen.

Die Entscheidung ist in Deutschland auf erhebliche Kritik gestoßen. Knaier hofft in seiner Anmerkung (DNotZ 2017, 381 ff.), dass der Beschluss des OLG Frankfurt ein „vereinzelter Irrläufer“ im Spektrum der deutschen Rechtsprechung bleiben wird. Das OLG habe verkannt, dass „durch ein solches Vorgehen ein Eingreifen der deutschen Schutzmechanismen von vornherein völlig entfällt, was zu einem enormen Missbrauchspotenzial führt“.

Davon abgesehen, dass sich das gleiche Missbrauchspotenzial bei einer fehlerhaften aber dann doch in jedem Fall heilenden Eintragung eines deutschen Handelsregisters ergibt, kommt hier wieder die grundsätzliche Skepsis des deutschen Rechtsanwenders gegenüber ausländischen Rechtsordnungen zutage; man traut italienischen Gerichten grundsätzlich nicht zu, die Entscheidungen des EuGH zu befolgen. Wenn die heilende Wirkung des § 202 UmwG deutschen Gerichten vorbehalten bleiben soll, dann steckt allein der Gedanke dahinter, dass man sich auf deutsche Gerichte verlassen kann und auf Gerichte der Mitgliedsstaaten nicht.

Da ist der BGH zu loben (BGH 24. April 2014 - VII ZB 28/13), der eine deutsche ordre-public-Prüfung bei einem Vollstreckungstitel eines Mitgliedstaates ablehnt. Gegenseitiges Vertrauen in die ordnungsgemäße Rechtspflege in den Mitgliedstaaten sei notwendig und erlaube es nicht, ausländische Entscheidungen grundsätzlich in Frage zu stellen.

Scale – neues Segment an der Frankfurter Börse

Seit dem 1.3.2017 gilt ein neues Marktsegment an der Frankfurter Wertpapierbörse mit dem der Börsengang von kleinen und mittleren Unternehmen erleichtert werden soll. Scale ersetzt den bisherigen „Entry Standard“.

Gesellschaften, die mindestens seit zwei Jahren als Unternehmen existieren und ein operatives Geschäft betreiben und mindestens drei der fünf folgenden Kriterien erfüllen, kommen als Emittenten in Betracht:

- der Umsatz muss bei mindestens 10 Millionen Euro liegen
- das Jahresergebnis darf nicht negativ sein
- es müssen mindestens 20 Mitarbeiter beschäftigt werden
- das bilanzielle Eigenkapital muss positiv sein
- und das kumulierte vor dem Börsengang eingesammelte Eigenkapital muss mindestens 5 Millionen Euro betragen.

Deutsche Mitbestimmung in Luxemburg auf dem Prüfstand

Das deutsche Modell der Mitbestimmung, in dem Vertreter von Arbeitnehmern in dem höchsten Gremium der Gesellschaft vertreten sind und unter anderem über die Ernennung und Entlassung des Vorstandes beschließen, ist eine deutsche Besonderheit. Das führt u.a. dazu, dass in deutschen Unternehmen, die international tätig sind, nur die deutschen Arbeitnehmer wahlberechtigt zum Aufsichtsrat sind. Der EuGH muss nun im Fall des größten deutschen Reiseveranstalters (TUI, C-566/15) entschei-

den, ob der Ausschluss der nicht deutschen Arbeitnehmer europarechtlich zulässig ist. Sollte der EuGH die Beschränkung auf deutsche Arbeitnehmer für unzulässig halten, müssten viele deutsche Gesellschaften ihren Aufsichtsrat neu wählen lassen. Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern sind verpflichtet, einen mitbestimmten Aufsichtsrat einzuführen, bei mehr als 2000 Mitarbeitern muss der Aufsichtsrat paritätisch besetzt werden (50 % Kapitalvertreter, 50 % Arbeitnehmervertreter).

Vorstände von Aktiengesellschaften schutzlos?

Eine für Vorstände einer Aktiengesellschaft unerfreuliche Entscheidung hat der BGH am 15.11.2016 (II ZR 217/15) getroffen; danach reiche die unbegründete Entscheidung der Hauptversammlung, dem Vorstand das Vertrauen zu entziehen, aus, um sein Dienstverhältnis fristlos (und gegebenenfalls ohne Entschädigung) zu beenden. Nach § 84 Abs.3 Satz 2 AktG kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen werden, wenn ein Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung erfolgt, es sei denn, dass das Vertrauen aus offenbar unsachlichen Gründen entzogen worden sei. Während Landgericht und Oberlandesgericht die Auffassung vertraten, dass bei einem unbegründeten Beschluss die Abbestellung aus unsachlichen Gründen erfolgt sein müsste, weist der BGH auf der Gesetzestext hin: Eine nicht begründete Abberufung ist nicht offenbar unsachlich.

Der Vorstand hatte darüber hinaus geltend gemacht, er sei gar nicht angehört worden und daher sei seine Abberufung schon aus diesem Grunde unwirksam. Auch hier weist der BGH darauf hin, dass die Anhörung im Arbeitsrecht aber nicht im Dienstvertragsrecht ist, sodass der Einwand nicht einschlägig sei.

Die Sache ist nicht entschieden, sondern an das Oberlandesgericht zurückverwiesen worden. Der Vorstand erhält Gelegenheit doch noch darzulegen, dass die Entscheidung doch aus „offenbar unsachlichen Gründen“ erfolgt sei.

Corporate Governance Kodex (DCGK); Neue Aufgaben für den Vorsitzenden des Aufsichtsrats

Die Kommunikation mit Investoren und mit sonstigen Dritten ist in deutschen Aktiengesellschaften grundsätzlich Aufgabe des Vorstandes. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, der in der Unternehmenshierarchie der oberste Mann ist, soll in Zukunft im beschränkten Umfang dem Informationsinteresse von Investoren und Öffentlichkeit nachkommen und ebenfalls kommunizieren dürfen. Ein besonderes Bedürfnis ergibt sich dabei häufig bei ausländischen Investoren, die mit dem dualistischen System nicht vertraut sind und die sich häufig wundern, dass sie mit der Nr. 1 des Unternehmens nicht kommunizieren sollen.

Bevor hierzu etwaige gesetzliche Klarstellungen erfolgen, hat der DCGK schon reagiert und in Zif 5.2. folgenden Abs. 2 eingefügt: „Der Aufsichtsratsvorsitzende sollte in angemessenem Rahmen bereit sein, mit Investoren über aufsichtsratspezifische Themen Gespräche zu führen.“

DIRITTO SOCIETARIO

Trasferimento di una GmbH in Italia

La Corte d'Appello di Francoforte si è occupata nella sua decisione del 03/01/2017 (20 W 88/15) come primo tribunale tedesco del cosiddetto cambiamento di forma e trasferimento verso l'estero di una GmbH e ha ritenuto lecito un trasferimento di sede con cambiamento di forma giuridica internazionale, attenendosi alla decisione VALE della Corte di Giustizia Europea (12/07/2012, C 378/10).

I soci di una Srl tedesca, che in futuro doveva esercitare le sue attività esclusivamente in Italia, non volevano che venisse cancellata dal registro delle imprese tedesche per poi (di nuovo) fondare una omonima in Italia, ma solamente "trasferirsi", mantenendo l'identità della società e accettare la corrispondente forma giuridica. Una GmbH diventò una Srl.

Questo caso è ben noto al nostro studio, in quanto è stato da noi promosso. La società possedeva terreni in Italia, una cancellazione e una nuova registrazione avrebbe richiesto la vendita dei terreni dalla vecchia alla nuova società e avrebbe quindi causato notevoli imposte immobiliari. Il mantenimento dell'identità sociale era assolutamente necessario.

La giurisprudenza tedesca era fino ad allora d'accordo con il fatto che un cambiamento di forma verso un altro Stato membro fosse possibile, almeno in linea di principio; siccome nella trasformazione dalla GmbH tedesca alla Srl italiana si tratta appunto di una trasformazione, si riteneva (e si ritiene) che debbano essere rispettati i requisiti della legge tedesca in materia di trasformazione. Questo vuol dire che una società disposta a trasferirsi all'estero deve soddisfare le molteplici condizioni previste per una trasformazione tedesca, dalla chiamata del creditore alla partecipazione del consiglio aziendale.

La particolarità del caso consisteva nel fatto che i soci (la società non aveva né creditori, né lavoratori dipendenti) si sono semplicemente rivolti ad un notaio, deliberando di spostare la loro sede a Roma. D'ora in poi non avrebbero più proseguito la forma giuridica della GmbH ma preso la forma di una Srl. In seguito, su richiesta di un notaio romano, il Tribunale di Roma ha provveduto all'iscrizione nel registro delle imprese italiano.

La domanda sulla fondatezza della decisione presa dal Tribunale italiano può essere lasciata in sospeso. Nel caso di uno spostamento di sede verso l'estero con cambiamento di forma giuridica, secondo i principi della decisione VALE, bisogna considerare entrambi gli ordinamenti giuridici, sia quello tedesco per l'efficace uscita, sia quello italiano per l'efficace ingresso. In tal caso il Tribunale italiano non ha verificato i presupposti della legge tedesca.

Secondo il § 202 co. 1 frase 3 Legge in materia di trasformazione, i vizi del procedimento possono tuttavia essere sanati tramite la registrazione nel registro delle imprese. La Corte d'Appello di Francoforte ha interpretato questa norma conformemente alle norme dell'UE; essa vale incontestabilmente per un registro delle imprese tedesco, per cui deve valere anche per quello italiano. Una volta registrata, la trasformazione della società è dunque completata.

Tale decisione è stata in Germania oggetto di forti critiche. Knaier spera nella sua annotazione (DNotZ 2017, 381 ff) che rimarrà uno "sporadico errore di percorso" nello spettro dell'amministrazione giudiziaria tedesca. La Corte d'Appello non avrebbe valutato che "tramite un'azione del genere i meccanismi di protezione tedeschi verrebbero immediatamente ed integralmente vanificati, cosa che condurrebbe a un enorme potenziale d'abuso".

A prescindere dal fatto che da una scorretta ma in ogni caso sanabile registrazione di un registro delle imprese tedesco risulterebbe lo stesso potenziale d'abuso, viene nuovamente alla luce lo scetticismo fondamentale del giurista tedesco verso ordinamenti giuridici stranieri: non si ha fiducia che i tribunali italiani siano capaci di seguire le decisioni della Corte di Giustizia Europea. Se l'effetto sanatorio del § 202 della Legge in materia di trasformazione dovesse essere riservato solo ai tribunali tedeschi, allora dietro a ciò si nasconderebbe sempre il pensiero che ci si può fidare solo dei tribunali tedeschi, e non dei tribunali degli altri stati membri.

Qui è da lodare la Corte federale tedesca (BGH 24 aprile 2014 – VII ZB 28/13) che respinge ogni verifica relativa all'ordine pubblico nazionale di un titolo esecutivo di uno Stato membro. La fiducia reciproca nella regolare amministrazione della giustizia negli stati membri è necessaria e non permette di mettere sostanzialmente in dubbio decisioni straniere.

Scale – nuovo segmento nella Borsa di Francoforte

Dal 01/03/2017 vale un nuovo segmento di mercato alla borsa valori di Francoforte con il quale dovrebbe venir facilitata la quotazione di borsa di imprese piccole e medie. Esso sostituisce l'"Entry Standard" precedente.

Società che esistono come imprese da almeno due anni ed esercitano un'attività operativa e adempiono almeno tre dei cinque criteri seguenti, possono essere prese in considerazione come emittenti:

- deve essere presente un fatturato di almeno 10 milioni di Euro
- il risultato annuale non può essere negativo
- devono essere occupati almeno 20 lavoratori
- il capitale proprio a bilancio deve essere positivo
- il capitale proprio accumulato prima della quotazione di borsa deve essere di almeno 5 milioni di Euro

Cogestione tedesca a Lussemburgo sul banco di prova

Il modello tedesco della cogestione è una particolarità: nell'organo più importante della società sono presenti i rappresentanti dei lavoratori dipendenti che tra l'altro deliberano la nomina e le dimissioni del consiglio di amministrazione. Ciò porta anche al fatto che nelle imprese tedesche che operano a livello internazionale vi sono solo i lavoratori tedeschi che sono ammessi al voto nel consiglio di vigilanza. La CGE deve ora decidere se, nel caso del più grande tour operator tedesco (TUI, C-566/15), l'esclusione dei lavoratori non-tedeschi dal voto al consiglio di

vigilanza è ammissibile secondo il diritto europeo. Se la CGE dovesse ritenere la limitazione ai lavoratori tedeschi inammissibile, molte società dovrebbero di nuovo eleggere il loro consiglio di vigilanza. Imprese con più di 500 dipendenti sono obbligate a presentare un consiglio con potere codecisionale, nel caso di più di 2000 collaboratori il consiglio deve essere occupato in modo paritetico (50% rappresentante capitale, 50% rappresentante lavoratori).

Amministratori delle AG privi di protezione?

Il 15/11/2016 (II ZR 217/15) la CGE ha preso una decisione non molto piacevole per i consigli di amministrazione di una società per azioni; col risultato che in seguito a ciò sarebbe sufficiente una decisione dell'assemblea generale senza motivazione per votare la sfiducia ad un membro del consiglio di amministrazione e a terminare senza preavviso (ed eventualmente anche senza risarcimento) il rapporto di lavoro. Secondo il § 84 comma 3 frase 2 della Legge sulle società per azioni può essere revocata la nomina al membro del consiglio in caso di sfiducia da parte dell'assemblea generale, a meno che la fiducia non sia stata ritirata per motivi palesemente non oggettivi. Mentre il Tribunale e la Corte d'Appello ritenevano che nel caso di una decisione senza motivazione la disdetta fosse avvenuta per motivi non oggettivi, la Corte federale tedesca di Cassazione rinvia al testo legislativo: una revoca non motivata non è necessariamente basata su motivi palesemente non oggettivi.

Il membro del consiglio di amministrazione aveva inoltre dichiarato di non essere stato ascoltato e che la revoca sarebbe quindi già inefficace per questo motivo. Anche qui la Corte ricorda che è necessaria solo l'audizione nel diritto di lavoro e non nel diritto contrattuale con rappresentanti di organi. L'eccezione dunque non è fondata.

La questione però non è decisa, bensì rimandata alla Corte d'Appello. Al membro del consiglio viene comunque data la possibilità di spiegare che alla decisione si sia giunti per "motivi evidentemente non oggettivi".

Codice Tedesco di Governance: nuovi compiti per il presidente del consiglio di vigilanza

La comunicazione con investitori e con ulteriori terzi rientra nelle società per azioni tedesche tra i compiti del consiglio di amministrazione. Il presidente del consiglio di vigilanza, che nella gerarchia delle imprese è l'uomo principale, dovrà in futuro soddisfare in forma limitata la "necessità d'informazione" degli investitori e dell'opinione pubblica. Una certa necessità si riscontra spesso negli investitori stranieri, che non hanno familiarità con il sistema dualistico e che spesso si meravigliano perché non devono comunicare con il numero 1 dell'impresa.

Prima che potessero seguire eventuali chiarimenti legislativi, il DCGK ha reagito inserendo al punto 5.2 il seguente comma 2: "Il presidente del consiglio di vigilanza dovrebbe essere ragionevolmente disposto a conversare con investitori su aspetti che riguardano specificamente il consiglio di vigilanza."

ERBRECHT

Der EuGH wird einige Aspekte der Erbrechtsverordnung (650/2012) klären

Die deutschen Gerichte haben dem EuGH zwei Rechtsfragen zur Auslegung der Erbrechtsverordnung vorgelegt.

Im ersten Fall wird um Klärung gebeten, ob der sich aus dem pauschalierten Zugewinnausgleich ergebenden Bruchteil i.H.v. § 1371 BGB zugunsten des Ehegatten im europäischen Nachlasszeugnis aufge-

nommen werden soll. Da der Anspruch einen Ausgleich für den Güterstand des Zugewinns gewähren soll, stellt sich die Frage nach der erbrechtlichen Natur des Anspruches (KG 25.10.2016, 6 W 80/16)

Der zweite Fall dient der Klärung der Frage, ob Art. 4 der Erbrechtsverordnung, der die ausschließliche internationale Zuständigkeit der Gerichte des Ortes regelt, in dem der Erblasser seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte, dem deutschen Richter untersagt, über das inländische Vermögen einen nationa-

len Erbschein auszustellen, wenn der Erblasser seinen gewöhnlichen Aufenthalt in einem anderen Staat hatte (KG, 10.01.2017 – 6 W 125/16).

Die Frage wird in der deutschen Lehre heiß diskutiert; die Vorlage an den EuGH zeigt auch, dass die Praxis hier eine Klärung wünscht. Es ist für den Erben in der Regel einfacher, die Übertragung von Vermögen, das in Deutschland liegt, durch einen deutschen Erbschein zu regeln, als sich an den letzten ausländischen Wohnort des Erblassers wenden zu müssen.

ARBEITSRECHT

Gesetzlicher Mindestlohn kann auch durch Prämien und Zulagen erreicht werden

Seit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland (zurzeit Euro 8,84) ergeben sich immer wieder Fragen zur Auslegung des Gesetzes. Eine für die Praxis sehr wichtige Frage hat nun das BAG (22.12.2016, 5 AZR 374/16) zum Nachteil der Arbeitnehmer entschieden: Danach sind auch alle zwingenden und transparent geregelten Gegenleistungen des Arbeitgebers bei der Errechnung des Mindestlohns zu berücksichtigen. Soweit ein Arbeitsvertrag einen geringeren Stundenlohn aufweist, der Arbeitnehmer aber Anspruch auf Prämien und Zulagen hat, die nach Umrechnung auf Stundenlohnbasis den gesetzlichen Mindestlohn überschreiten, ist dies zulässig.

Befristete Arbeitsverträge ohne Sachgrund: Durch Tarifvertrag auch bis zu fünf Jahren

In Deutschland sind Arbeitsverträge, die ohne sachlichen Grund befristet werden, grundsätzlich nur bis zu einer Gesamtdauer von zwei Jahren zulässig. Bei neu gegründeten Unternehmen können es auch vier Jahre sein. Die Tarifvertragsparteien können die Laufdauer auch abweichend regeln. Die Arbeitgebervereinigung energiewirtschaftlicher Unternehmen und die IG Bergbau, Chemie und Energie haben davon Gebrauch gemacht und eine Regelung getroffen, nach der eine sachgrundlose Befristung bis zu einer Dauer von fünf Jahren wirksam sein soll. Das BAG (26.10.2016, 7 AZR 140/15) hatte Anlass, die Wirksamkeit der Klausel zu überprüfen und stellte fest, dass nur bei einer Überschreitung der gesetzlichen Höchstdauer von 300 % ein Verstoß gegen Europarecht und Verfassungsrecht vorliegen könnte (also bei sachgrundlosen Befristungen von über sechs Jahren).

Unwirksames nachvertragliches Wettbewerbsverbot durch salvatorische Klausel nicht heilbar

Im deutschen Recht ist ein nachvertragliches Wettbewerbsverbot nichtig, wenn die Vereinbarung entgegen § 74 Abs. 2 HGB keinen Anspruch des Arbeitnehmers auf eine Karenzentschädigung vorsieht, die mindestens 50 % seines regelmäßigen Bruttogehaltes betragen muss. In einem vom BAG (22. März 2017 – 10 AZR 448/15) entschiedenen Fall, hatten die Parteien des Arbeitsvertrages ein nachvertragliches Wettbewerbsverbot aber keine Entschädigung vereinbart. Die Arbeitnehmerin entschied sich dennoch, sich zwei

Jahre lang einer wettbewerblichen Tätigkeit zu enthalten und verlangte die Zahlung von einem Jahresgehalt (2 x 50%). Sie stützen sich dabei auf die in fast allen deutschen Arbeitsverträgen (auch in sonstigen Verträgen) enthaltene sogenannte salvatorische Klausel, nach der die Parteien im Falle der Unwirksamkeit einer Klausel im Arbeitsvertrag diese mit einer entsprechenden wirksamen, die den gleichen wirtschaftlichen Sinn verfolgt, ersetzen. Das Bundesarbeitsgericht ist dieser originellen Interpretation aber nicht gefolgt. Eine in Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthaltene salvatorische Klausel könne einen Verstoß gegen § 74 Abs. 2 HGB nicht heilen und führe nicht - auch nicht einseitig zugunsten des Arbeitnehmers - zur Wirksamkeit des Wettbewerbsverbots.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Mann und Frau?

Frauen verdienen im Durchschnitt immer noch weniger als Männer. Um dies zu ändern, hatte das Bundeskabinett im Januar ein Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit beschlossen und der Bundesrat hat nun abschließend grünes Licht für dieses Gesetz gegeben, so dass es nunmehr in Kraft treten kann.

Die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern beträgt im Durchschnitt 21 Prozent. Selbst wenn berücksichtigt wird, dass Frauen häufiger als Männer in Teilzeit arbeiten und seltener in Führungspositionen aufsteigen oder eher in Berufen mit geringen Verdiensten tätig sind, verbleibt noch immer eine Differenz von sieben Prozent im Durchschnitt.

Das Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit (amtlich: „Gesetz zur Förderung von Transparenz von Entgeltstrukturen“) führt nunmehr Rechte ein, welche die ArbeitnehmerInnen ggfs. auch gerichtlich geltend machen können.

Zentrales Instrument ist der Auskunftsanspruch, mit dem die Beschäftigten das Recht erhalten, zu erfahren, ob sie gerecht bezahlt werden. Kleine und mittlere Unternehmen sind jedoch von der Regelung ausgenommen.

Konkret bedeutet das: Frauen und Männer in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten sollen künftig ein individuelles Auskunftsrecht erhalten, um ihre eigene Entlohnung mit der Entlohnung von Kollegen bezie-

hungsweise Kolleginnen mit gleicher Tätigkeit vergleichen zu können. Sie sollen erfahren können, nach welchen Kriterien ihre Tätigkeit bewertet wird und wie sie im Vergleich zu Kollegen behandelt werden.

Einschränkend besteht eine Pflicht zur vertraulichen Behandlung der erlangten Auskünfte und der Auskunftsanspruch bezieht sich nicht auf das konkrete Entgelt einzelner Mitarbeiter, sondern auf ein durchschnittliches monatliches Bruttoentgelt von Mitarbeitern des anderen Geschlechts mit gleichen oder vergleichbaren Tätigkeiten.

In tarifgebundenen Unternehmen soll der Auskunftsanspruch in der Regel über die Betriebsräte wahrgenommen werden. In Betrieben ohne Betriebsrat und ohne Tarifvertrag können sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer direkt an den Arbeitgeber wenden.

Im Falle einer vorliegenden oder vermeintlichen Ungleichheit kann dann eine höhere Bezahlung eingeklagt werden. Zu beachten ist hierbei die Geltung von vertraglichen und tarifvertraglichen Ausschlussfristen, sodass der Auskunftsanspruch fristgerecht gelten gemacht werden muss.

Zudem müssen Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten, die einen Lagebericht nach dem Handelsgesetzbuch zu erstellen haben, künftig regelmäßig über den Stand der Gleichstellung und der Lohngleichheit informieren.

Es bleibt abzuwarten, ob nunmehr eine Klagewelle auf die Arbeitsgerichtsbarkeit zurollt, oder ob die Wirtschaft präventiv Gehaltsanpassungen vornehmen wird. CH

Zweisprachiges Personal Arbeitnehmerüberlassung

dlw

Tel.: 0049 · 69 · 1310666
info@dlwfrankfurt.de

DIRITTO DELLE SUCCESSIONI

Regolamento EU sulle successioni - La corte di Giustizia chiamata a chiarire alcuni aspetti

I giudici tedeschi hanno sottoposto di recente alla CGUE due questioni sull'interpretazione del Regolamento sulle successioni (650/2012).

Nel primo caso si chiede se nel certificato di successione europeo possa essere indicata anche la quota ereditaria di 1/4 prevista dal § 1371 BGB a favore del coniuge, a tacitazione forfettaria dei suoi diritti di compensazione degli incrementi patrimoniali

tra coniugi tra cui vigeva il regime patrimoniale tedesco del Zugewinnausgleich, ciò in quanto la materia dei regimi patrimoniali non è compresa nel campo di applicazione di tale regolamento (KG, Ordinanza del 25.10.2016, 6 W 80/16).

La seconda è volta a chiarire se l'art. 4 del Regolamento UE sulle successioni, che fissa la competenza internazionale esclusiva del giudice del luogo di ultima residenza abituale del defunto, impedisca ad un giudice tedesco di emettere un certificato di eredità interno, cioè tedesco, relativo al patrimonio sito

in Germania, nel caso in cui il de cuius avesse la residenza abituale in altro Stato (KG, ordinanza del 10.01.2017 – 6 W 125/16).

La questione è molto dibattuta in dottrina in Germania, e che se ne occupi la CGUE dimostra come sia anche evidentemente avvertita nella pratica l'opportunità per l'erede di poter avvalersi di tale opzione, piuttosto che richiedere un Certificato di Successione europeo nel paese di residenza del de cuius, con tempi e costi difficilmente stimabili.

DIRITTO DEL LAVORO

Il salario minimo legale può essere raggiunto anche attraverso il computo di premi e indennità

A partire dall'introduzione del salario orario minimo legale in Germania (al momento Euro 8,84, sono sorte molte domande sull'interpretazione della legge. Il BAG (22.12.2016, 5 AZR 374/16) ha di recente deciso a sfavore del lavoratore una importante questione: tutte le controprestazioni del datore di lavoro previste in via obbligatoria e trasparente sono da tenere in considerazione ai fini del raggiungimento del salario minimo legale. Nel caso in cui il contratto di lavoro preveda una retribuzione oraria inferiore, ma il lavoratore abbia diritto a premi o indennità, che, se conteggiate, consentano il superamento del salario minimo, esso è lecito.

Contratti a tempo determinato senza motivazione: se previsti dal contratto collettivo, anche fino a cinque anni

In Germania i contratti a tempo determinato senza motivazione possono essere stipulati generalmente per una durata massima di due anni. Nel caso di start up la durata può arrivare fino a quattro anni. I contratti collettivi possono anche prevedere una disciplina derogatoria della durata contrattuale. Le associazioni dei datori di lavoro del comparto energia ed i sindacati dell'industria mineraria, chimica ed energia hanno trovato un accordo in base al quale i contratti a tempo determinato senza motivazione sono validi fino ad una durata massima di cinque anni. Il BAG (26.10.2016, 7 AZR 140/15) ha avuto occasione di verificare la validità della clausola e di stabilire che solo nel caso di superamento del 300% della durata massima si può parlare di violazione del diritto europeo e della Costituzione (e dunque nel caso di contratti a tempo determinato senza motivazione di durata superiore a sei anni).

I patti di non concorrenza invalidi non possono essere sanati attraverso clausole di riserva

Secondo il diritto tedesco un patto di non concorrenza è nullo se l'accordo, contrariamente a quanto previsto dal § 74 Abs. 2 HGB, non prevede alcun diritto del lavoratore ad una indennità, che deve ammontere almeno al 50% della retribuzione mensile ordi-

naria. In un caso deciso dal BAG (22. März 2017 - 10 AZR 448/15), le parti contrattuali avevano previsto un patto di non concorrenza postcontrattuale, ma non avevano concordato alcuna indennità. La lavoratrice decise tuttavia per due anni di astenersi da attività concorrenziali e chiese il pagamento di un anno di retribuzione (2 x 50%). Si basava sul fatto che nel suo contratto era contenuta una cosiddetta clausola di riserva (presente in quasi tutti i contratti tedeschi), in base alla quale, in caso di invalidità di una clausola contrattuale, quest'ultima viene sostituita da una clausola valida che persegua il medesimo fine economico. La Corte Federale del Lavoro non ha però seguito questa originale interpretazione. Una clausola di riserva generale non potrebbe sanare la violazione del § 74 Abs. 2 HGB e non porterebbe alla validità - neanche a favore del solo lavoratore - del patto di non concorrenza.

Uguale retribuzione per uomini e donne a parità di mansioni?

Le donne guadagnano in media sempre meno degli uomini. Al fine di cambiare questa realtà, il governo federale ha approvato una legge a favore dell'equità retributiva ed il Consiglio Federale ha ora dato finalmente il via libera, così la legge può entrare in vigore.

La differenza retributiva tra uomini e donne ammonta in media al 21%. Allo stesso modo, se si considera che le donne lavorano con contratti di lavoro part time più frequentemente rispetto agli uomini e raramente accedono a posizioni dirigenziali o piuttosto sono impiegate in lavori meno remunerativi, permane pur sempre una differenza del 7% in media.

La legge sull'equità retributiva (ufficialmente: "Legge per la promozione della trasparenza nella strutturazione della retribuzione") introduce nuovi diritti che le lavoratrici possono rivendicare in giudizio.

Lo strumento centrale è il diritto ad ottenere informazioni, attraverso il quale i lavoratori esercitano il diritto di verificare se vengono retribuiti in conformità alla legge. Sono escluse le piccole e medie aziende.

Concretamente questo significa che donne e uomini nelle imprese con più di 200 dipendenti saranno

in futuro titolari di un diritto di informazione personale, in base al quale potranno verificare se la loro retribuzione sia comparabile a quella dei colleghi o delle colleghe che svolgono mansioni equivalenti. Potranno così accertare in base a quali criteri la loro attività venga valutata e come venga gestito il confronto con quella dei colleghi.

Sussiste l'obbligo di riservatezza sulle informazioni ricevute e il diritto alle informazioni non si riferisce alla specifica retribuzione di un singolo dipendente, ma alla retribuzione lorda media mensile percepita dai dipendenti dell'altro sesso, con uguali o analoghe mansioni.

Nelle imprese vincolate ad un contratto collettivo il diritto alle informazioni in genere viene esercitato attraverso le commissioni interne dei lavoratori. Nelle aziende senza commissione e senza contratto collettivo, i lavoratori si possono rivolgere direttamente al datore di lavoro.

Nel caso di una disparità esistente o presunta si può, quindi, esigere il pagamento di una maggiore retribuzione. Bisogna considerare la validità di termini di decadenza concordati dalle parti o previsti dai contratti collettivi, di modo che il diritto alle informazioni venga esercitato per tempo.

Inoltre, le aziende con oltre 500 dipendenti, che secondo il codice del commercio hanno l'obbligo di redazione di una relazione sulla gestione, devono, in futuro, regolarmente informare circa l'andamento delle pari opportunità e della parità di retribuzione.

Resta da vedere se ora ci sarà un'ondata di azioni legali davanti al Tribunale del Lavoro, o se l'economia preventivamente deciderà di intraprendere adeguamenti retributivi. CH

Domiciliazioni e ricerca personale bilingue



Tel.: 0049 · 69 · 1310666
info@dlwfrankfurt.de

TRANSPORT UND SPEDITION

Frachtführer kann im Prozess seine Ansprüche gemäß § 415 Abs. 2 HGB ändern

Mit Urteil vom 28. Juli 2016 (I ZR 252/15) hat der BGH klargestellt, dass der Frachtführer auch in der Berufungs- und Revisionsinstanz die Geltendmachung von Ansprüchen ändern kann. Insbesondere ist der von ihm in erster Instanz geltend gemachte Schadenersatzantrag nicht bindend, so dass er in der zweiten Instanz lediglich die Frachtvergütung geltend machen kann.

Im entschiedenen Fall hatte der Absender den Frachtvertrag aus Gründen, die dem Frachtführer nicht zuzurechnen waren, den Transportvertrag gekündigt. In diesem Falle hat der Frachtführer gemäß §. 415, Abs. 2 HGB die Wahl zwischen zwei Ansprüchen: Er kann entweder die vereinbarte Fracht, das etwaige Standgeld sowie die zu ersetzende Aufwendungen unter Anrechnung dessen, was er infolge der Aufhebung des Vertrages an Aufwendungen erspart oder anderweitig erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt, verlangen (Ziffer 1); alternativ hierzu kann er ein Drittel der vereinbarten Fracht verlangen (Ziffer 2).

Bislang war umstritten, ob der Frachtführer, der gerichtlich Ansprüche aus § 415 Abs. 2 Ziff. 1 HGB geltend macht, an diese Wahl gebunden ist oder ob er im Laufe des Verfahrens, insbesondere in den Folgeinstanzen, auch einen Antrag gemäß Ziffer 2 der benannten Vorschrift geltend machen kann.

Die Entscheidung basiert auf zwei Argumenten: Zum einen wird die in § 415, Abs. 2 HGB vorgesehene Alternative nicht als Wahlschuld gesehen, viel mehr wird sie als gesetzlich nicht geregelte elektive Konkurrenz aufgefasst. Nach Auffassung des BGH geht der Gesetzgeber von der Parallelität beider Ansprüche aus. Somit finden auch die Regelungen der Wahlschuld (§§ 262 – 265 BGB), insbesondere § 263 Abs. 2 BGB, der eine einmal vorgenommene Wahl für verbindlich erklärt, keine Anwendung. Interessanterweise klärt der BGH zudem weiterhin auf, dass es dem Billigkeitsgebot widersprechen würde, dem Frachtführer, der die Höhe seiner Ersparnisse nicht beweisen könne, leer ausgehen zu lassen, d.h. komplett auf die Frachtvergütung verzichten zu müssen. Noch würde ein „Wahlverbot“ der Prozessökonomie dienen, die gegen eine ggf. zeit- und kostenintensive Beweiserhebung spricht.

Zum anderen stellt eine solche Entscheidung keine Klageänderung dar. Vielmehr ist es als Beschränkung bzw. Spezifizierung des zunächst gestellten Antrags zu verstehen, zumal es sich auf einen Sachverhalt stützt, der bereits vorgetragen wurde. Die Ausschlussgründe für eine Klageänderung (§§ 263, 267, 533 ZPO) gelten daher nach § 264 Abs. 2 ZPO nicht. MB

In Deutschland werden Fahrer in Zukunft ruhiger schlafen können

Am 25.05.2017 ist in Deutschland das geänderte Fahrpersonalgesetz in Kraft getreten. Wie lange angekündigt und auf Seiten der Arbeitgeber heftigst

diskutiert, dürfen in Deutschland LKW-Fahrer, die mind. 45Std. unterwegs sind, nunmehr ihre regelmäßige wöchentliche Ruhezeit nicht mehr im Fahrzeug bzw. an einem anderen Ort ohne geeignete Schlafmöglichkeit verbringen. Ziel ist es, zum einen den Lkw-Fahrern menschenwürdige Arbeits- und Lebensverhältnisse zu garantieren, zum anderen die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Bei Verstößen drohen dem Arbeitgeber Geldbußen in einer Höhe von bis zu 30.000 EUR. Auch ausländische Unternehmen und Fahrer sind von dieser Regelung betroffen, zumindest für den Transportabschnitt innerhalb von Deutschland. Die deutsche Regierung folgt somit dem Beispiel von Frankreich und Belgien.

Es wird befürchtet, dass sich die damit verbundenen Mehrkosten für die Übernachtung in einem Hotel bzw. bei einer geeigneten Schlafmöglichkeit negativ auf den Straßentransport auswirken werden.

Die obligatorische Streitschlichtung entfällt bei Transportverträgen mit Verbrauchern

Wie wir schon in unserem vorausgegangenen Mandantenbrief berichtet haben, hat Art. 1, c. 249 des Gesetzes 190 2014 (Haushaltsgesetz 2015) den obligatorischen Streitschlichtungsversuch, der den Gang zum Gericht vorgeschaltet wurde, auch im Transportrecht eingeführt.

Demgegenüber regelt aber die Richtlinie EU 11/2013, dass die Verbraucher einen Zugang zu vorgerichtlichen Streitschlichtungsverfahren haben müssen, ohne obligatorischen anwaltlichen Beistand.

Da aber das italienische Streitschlichtungsverfahren ausdrücklich die Beteiligung von Rechtsanwälten vorsieht, hat das Landgericht Genua mit Beschluss vom 28.4.2017 festgestellt, dass dieses dann nicht auf Auseinandersetzungen zwischen Verbrauchern und Unternehmern im Transportrecht Anwendung findet.

Der internationale Straßentransport wird digital: Einführung der e-CMR

Der Verzicht auf Papierunterlagen im Straßentransport zugunsten digitaler Aufzeichnungen ist seit 2008 möglich; elf europäische Länder haben ein entsprechendes Protokoll unterzeichnet: Bulgarien, Dänemark, Estland, Frankreich, Lettland, Litauen, Niederlande, Tschechische Republik, Slowakei, Spanien und die Schweiz; Deutschland und Italien haben sich nicht angeschlossen

Der erste digitale Straßentransport hat nun im Januar 2007 zwischen Spanien und Marokko stattgefunden.

Die Initiative ging seinerzeit von dem spanischen und dem französischen Verband der Straßentransporteur aus (Asociación de Transporte Internacio-

nal por Carretera und) Fédération Nationale des Transports Routiers); die Vorteile liegen auf der Hand, alle am Transport beteiligten haben in Echtzeit ein Bild über den Stand der Lieferung und Kosten können gesenkt werden.

Bleibt abzuwarten, welchen Einfluss das elektronische Verfahren auf etwaige Rechtsstreite haben wird. Es werden sich weitere Fragen zur korrekten Dateneingabe ergeben. Auch die bisherige Rechtsprechung zu den Rügefristen, der Reaktion aller Beteiligten und dem Beweiswert der Frachtunterlagen wird sich anpassen müssen

MB



ZAHLUNGSVERKEHR

Lastschriftverfahren im Onlinehandel auch mit ausländischen Konten

Nach der sogenannten SEPA-Verordnung (EU 260/2012) dürfen Onlinehändler, die Bezahlung per Lastschrift anbieten, nicht den Einzug von Konten im EU-Ausland ausschließen. Klauseln eines Telekommunikationsanbieters, nach der Voraussetzung für die Teilnahme am Lastschriftverfahren eine „gültige deutsche Bankverbindung“ sei, stellen einen eindeutigen Verstoß dar. Die Wettbewerbszentrale, die in Deutschland kollektive Interessen des Wettbewerbs wahrnimmt, hat alle entsprechenden Händler abgemahnt, unter anderem Amazon und Air Berlin. Diese haben sich bereit erklärt, in Zukunft sich an die Verordnung zu halten und auch ausländischen Kontoinhabern die Teilnahme an dem Einzugsverfahren zu ermöglichen.

Inkassofirmen überprüfen

In Deutschland – wie auch in Italien – sind eine Vielzahl von Inkassounternehmen tätig, die oft auf Erfolgsprovision arbeiten und bei der Geltendmachung der Forderung selten vornehme Zurückhaltung walten lassen. Oft werden auch Gebühren in einer Höhe fakturiert, die anwaltliche Gebühren in den Schatten stellt. Als erste Gegenmaßnahme in Deutschland empfiehlt sich, zu überprüfen, ob die Unternehmen überhaupt zum Inkasso zugelassen sind und im entsprechenden Register eingetragen sind. Eine große Hilfe dabei ist das zentral geführte www.rechtsdienstleistungsregister.de. Ist ein Unternehmen nicht zugelassen, darf es naturgemäß auch keine Gebühren erheben.

TRASPORTO E SPEDIZIONI

Processo civile tedesco: Il vettore può modificare le proprie pretese fondate sul § 415, com. 2 HGB

Con sentenza dd. 28 luglio 2016 (I ZR 252/15) il BGH (Corte di Cassazione tedesca) ha statuito che il vettore può modificare le sue domande anche nel corso del processo di appello e/o di revisione. Si è così precisato che le richieste di risarcimento presentate in primo grado non siano vincolanti, motivo per cui egli è libero di richiedere poi in secondo grado solo il pagamento del nolo.

Nel caso deciso, il mittente aveva disdetto l'incarico di trasporto per motivi non imputabili al vettore. A mente di ciò al vettore spettano ai sensi del § 415, comma 2 HGB due distinti diritti che può fare valere: da un lato può richiedere il pagamento del nolo pattuito, le eventuali spese di sosta nonchè le spese accessorie sorte, detratti i costi che ha potuto risparmiare in seguito alla disdetta e/o recuperare con altri trasporti e/o abbia intenzionalmente ommesso di ridurre. (ipotesi sub n. 1 del comma 2); in alternativa può richiedere un terzo del nolo pattuito (n. 2 del comma 2 2).

Sino all'anno scorso la giurisprudenza tedesca era dibattuta nel ritenere che la scelta del vettore di fare valere le pretese sorgenti dal § 415 comma Abs. 2, n. 1 HGB fosse vincolante, piuttosto che ammettere la possibilità di richiedere – in particolare in secondo grado – anche il nolo ridotto di cui al n. 2 del citato comma.

La decisione si fonda su due argomenti: da un lato si è specificato che la citata norma non determina un'obbligazione alternativa, bensì delle obbligazioni concorrenti, motivo per cui non trovano applicazione le disposizioni di cui ai §§ 262 – 265 BGB, ed in particolare del § 263 comma 2 BGB, il quale prevede che l'opzione per un'alternativa ha natura vincolante. In secondo luogo la Corte ritiene che negare al vettore, che non è in grado di dimostrare il risparmio conseguito, il nolo contrasti con il principio di equità. In terzo luogo il divieto di scelta si contrappone al principio di economia processuale, laddove si rendi necessario proceder ad elaborate assunzioni di prove.

In definitiva, così la Corte, una tale scelta non determinerebbe una mutatio libelli, bensì una emendatio libelli, intesa come specificazione delle pretese inizialmente fatte valere, posto che si baserebbe su fatti già esposti in corso di causa. Di conseguenza, non troverebbero applicazione i limiti di cui al § 264 comma 2 ZPO.

MB

Germania: Diritto dei camionisti al riposo

Il 25.05.2017 è entrata in vigore in Germania la nuova legge relativa alla posizione dei camionisti (cd. Fahrpersonalgesetz). Come da lungo annunciato e fortemente criticato dai trasportatori, in futuro i camionisti che viaggiano in Germania per almeno 45h settimanali, non potranno più riposare all'interno del camion, ma avranno diritto di riposare in idoneo posto (es. hotel). In questo modo si vuole non solo tutelare il camionista ma rendere al contempo più sicuro il traffico.

In caso di mancato rispetto di tali prescrizioni, il datore di lavoro potrà essere sanzionato fino a 30.000 EUR. Anche trasportatori stranieri devono conformarsi alla normativa, che viene già applicata in Francia e Belgio.

Il rischio è che i relativi costi aggiuntivi vadano ad incidere ed incrementare ulteriormente i costi di trasporto.

MB

ADS e diritto dei trasporti: la negoziazione assistita obbligatoria non si applica ai contratti di trasporto con i consumatori

Come già indicato nella nostra precedente newsletter, l'art. 1, c. 249, della L. 190/2014 (Legge di Stabilità 2015) aveva introdotto l'obbligo di avviare la negoziazione assistita, quale condizione di procedibilità per l'esercizio di azioni, anche in materia di contratto di trasporto.

Per contro, l'art. 8 della predetta direttiva 2013/11/EU del Parlamento Europeo e del Consiglio del 21.05.2013 sulla risoluzione alternativa delle controversie dei consumatori prevede che i consumatori possano accedere alle procedure di risoluzione extragiudiziale delle controversie "senza essere obbligati a ricorrere a un avvocato o consulente legale".

A mente del fatto che la procedura di negoziazione assistita richiede expressis verbis la presenza e gestione da parti di avvocati, il Tribunale di Genova ha dichiarato con ordinanza dd. 28.04.2017 che tale procedimento ai contratti di trasporto coinvolgenti consumatori si pone in contrasto con quanto disposto a tutela dei consumatori e non trova dunque applicazione rispetto ad essi.

MB

L'autotrasporto internazionale entra nell'era elettronica: l'introduzione della e-CMR

L'era digitale si fa strada nell'autotrasporto internazionale tramite l'utilizzo di documentazione digitale ufficiale ai fini dell'esecuzione di un trasporto su strada. Tale metodo è stato utilizzato per la prima volta all'inizio di gennaio 2017 per un trasporto di merci tra Spagna e Marocco.

La possibilità di utilizzare il CMR in forma digitale è stata introdotta nel Protocollo nel 2008 ed è entrata in vigore il 5 giugno 2011. Finora è stata accolta da undici Paesi europei: Bulgaria, Danimarca, Estonia, Francia, Lettonia, Lituania, Paesi Bassi, Repubblica Ceca, Slovacchia, Spagna e Svizzera. Spagna e Francia sono tra i primi Paesi europei ad accogliere questa innovazione. La Germania e l'Italia non hanno ancora aderito.

Tale strumento operativo è stato all'epoca promosso dall'Iru (Associazione degli autotrasportatori spagnoli Asociación de Transporte Internacional por Carretera e da quella francese Fédération Nationale des Transports Routiers) ed è inteso a sostituire la CMR cartacea, potendo diventare l'unica prova che l'autista deve avere a bordo per tutto ciò che riguarda il carico trasportato.

Tale sistema permette agli operatori del trasporto d'inserire i dati in formato elettronico e scambiarli in tempo reale con i destinatari della spedizione. In questo modo, gli operatori coinvolti nel trasporto hanno accesso in tempo reale alle informazioni sul carico, così da poter avviare le azioni relative alla consegna – tra cui la fatturazione o eventuali contestazioni – mentre la merce è in viaggio e non dopo il suo arrivo.

Se da un punto di vista pratico tale metodo è indubbiamente inteso ad aumentare l'efficienza e ridurre i costi, ci si chiede quali ripercussioni esso possa avere nel caso in cui sorgano poi controversie legali, soprattutto sotto l'aspetto dell'onere della prova sia per quanto riguarda la corretta e certa compilazione del documento elettronico, la sua corretta produzione in giudizio, la tempistica delle contestazioni e/o reazioni da parte di tutti gli operatori coinvolti e valore di prova dei loro relativi metodi di comunicazione. Gran parte della giurisprudenza che ad oggi si è formata sul punto potrebbe essere in futuro di difficile applicazione e/o determinare un completo novum nell'attribuzione di responsabilità.

MB

PAGAMENTI

Addebito diretto nel commercio online anche con conti esteri

Secondo il cosiddetto Regolamento SEPA (CE 260/2012) i commercianti online che offrono il pagamento con addebito diretto non possono escludere tale forma di incasso da conti esteri nella CE. Rappresentano quindi una chiara violazione le clausole di un operatore di telecomunicazioni che prevedano quale presupposto per la partecipazione all'addebito diretto un "valido conto bancario tedesco". L'Ufficio Centrale per la lotta alla concorrenza sleale, che in Germania difende gli interessi collettivi della concorrenza, ha diffidato tutti i commercianti interessati, tra cui anche Amazon e Air Berlin. Questi si sono dichiarati disposti a rispettare in futuro il regolamento e di rendere quindi possibile anche ai titolari di conti esteri la partecipazione al procedimento di addebito diretto.

Verifica delle società di incasso

In Germania, come anche in Italia, opera un considerevole numero di società di incasso (recupero crediti), che spesso offrono le loro prestazioni su base provvisoria legata al risultato, e che nelle procedure di recupero raramente tengono un comportamento moderato. Spesso vengono anche messi in conto onorari che superano gli stessi onorari legali. Quale prima contromisura in Germania è consigliabile senz'altro quella di verificare se tali società siano veramente autorizzate all'incasso e quindi registrate nell'apposito Registro. Un valido aiuto a ciò viene data dal registro centrale sul sito www.rechtsdienstleistungsregister.de. Se la società non è autorizzata, essa non può far valere nessuna competenza né onorario.

CARENZA DI TRADUTTORI

Il LTO- Legal tribune online (edizione 2/5/2017) indica giustamente che in Germania mancano traduttori esperti in materia giuridica. Traduzioni errate possono influire in modo decisivo una vertenza. Non di rado, i giudici adattano la traduzione al risultato che intendono ottenere, dopo che i traduttori forniscono prima una versione e poi, dietro richiesta di chiarimento, un'altra versione.

Il Bundesamt per l'immigrazione e rifugiati (BAMF), che attualmente occupa ca. 8.000 traduttori, necessita di un maggior numero di traduttori. Tutti i media tedeschi hanno riportato la notizia che un soldato tedesco con inclinazioni di estrema destra ha potuto ingannare il Bundesamt, sostenendo di provenire dal Libano e richiedendo quindi asilo politico, nonostante non parlasse l'arabo.

Che il valore di una buona traduzione venga sottovalutato, trova conferma dall'utilizzo di software di traduttori simultanei per traduzioni tecniche. Esse possono fornire un primo aiuto indicativo, ma non sono certo idonee a fornire una traduzione corretta.

Anche in Italia vige lo stesso problema, in particolare rispetto a traduttori addetti presso i tribunali, come abbiamo già riportato in una nostra precedente newsletter. Si pensi solo al "Foro di Cagliari", tradotto in tedesco con "il buco (Loch) di Cagliari", "l'attrice richiede" tradotto con l'attrice teatrale (Schauspielerin) e ancora "il collegio dei sindaci" tradotto come il collegio dei sindaci di comune (Bürgermeister); tutti esempi tratti da atti notificati.

Ci associamo quindi volentieri all'appello di Christiane-Jacqueline Driesen, promotrice della Hamburger Dolmetscher-Weiterbildung (cfr. articolo LTO), la quale richiede una qualificazione sistematica per interpreti e traduttori anche presso il BAMF. Se la questione venisse trattata con una certa serietà da parte dei tribunali e pubbliche amministrazioni, si dovrebbe incaricare in futuro solo traduttori e interpreti che possano dimostrare una qualifica base in ambito giuridico.

ÜBERSETZERMANGEL

LTO- Legal tribune online weist in ihrer Ausgabe vom 2.5.2017 zu Recht davon daraufhin, dass in Deutschland ein Mangel an juristisch ausgebildete Übersetzer vorhanden ist. Falsche Übersetzungen können einen Rechtsstreit entscheiden. Oft biegen sich Richter das gewünschte Übersetzungsergebnis zu Recht, nachdem die Übersetzer erst einen bestimmten Inhalt einer Aussage und dann auf Nachfrage das Gegenteil übersetzen.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das ca. 8.000 Übersetzer beschäftigt, hat einen darüber hinausgehenden großen Bedarf. Wie alle Medien in Deutschland berichteten, konnte ein deutscher Soldat mit rechtsextremer Gesinnung dem Bundesamt vortäuschen, er stamme aus dem Libanon und einen Asylantrag stellen - ohne ein Wort Arabisch zu sprechen.

Das gute Übersetzungen unterschätzt werden, zeigt auch der ausufernde Gebrauch von automatischer Übersetzungssoftware, die als unterstützende Hilfsmittel für professionelle Übersetzer ihren Zweck erfüllen, aber keineswegs taugliche Übersetzungen als Endprodukt liefern kann.

Dass auch in Italien ungeeignete Übersetzer – sogar mit gerichtlicher Zulassung – am Werk sind, war schon Gegenstand eines Artikels in unserem Mandantenbrief. Man denke an das „Foro di Cagliari“ (das Loch von Cagliari), „l'attrice richiede“ (die Schauspielerin beantragt), oder „il collegio dei sindaci“ (der Rat der Bürgermeister), alle Beispiele aus gerichtlichen Zustellungen.

Wir schließen uns daher gerne dem Appell von Christiane-Jacqueline Driesen, Initiatorin der Hamburger Dolmetscher-Weiterbildung, an (siehe LTO-Bericht). Sie fordert eine systematische Qualifizierung für Dolmetscher und Übersetzer auch beim BAMF. Wenn das Problem von den Gerichten und Verwaltungsbehörden ernst genommen werden würde, dürften nur Dolmetscher und Übersetzer beschäftigt werden, die über ihre Grundqualifikation hinaus eine besondere Befähigung zur Übersetzung juristischer Termini nachweisen können.

FISCO · STEUER

Serate per soli uomini e feste in giardino

Uno studio legale aveva organizzato nel giardino della residenza privata del senior partner cosiddette "serate per soli uomini" [traduzione difficile dalla lingua tedesca, non è un concetto a luci rosse], invitando clienti e potenziali tali, con costi pari a ca. 22.000 Euro per ogni serata. L'Ufficio Imposte aveva considerato tali costi non detraibili, visto che si trattava di manifestazioni con "carattere di evento", con una cerchia di persone circoscritta e dove gli "ospiti si sarebbero sentiti confermati con l'invito nella loro posizione economica e sociale". Fortunatamente la Corte Tributaria federale tedesca (BFH 13.7.2016, VIII R 26/14) è stata di diversa opinione: l'Ufficio Imposte non ha esposto che i costi di rappresentanza erano da considerare superflui e inadeguati. Il carattere di evento in sé non è in via di principio un impedimento per una detraibilità.

Herrenabende und Gartenfest

Eine Rechtsanwaltskanzlei hatte im Garten des Privathauses des Seniorpartners sogenannte „Herrenabende“ veranstaltet, Mandanten und potentielle Mandanten eingeladen und Kosten von ca. 22.000 Euro pro Abend produziert. Das Finanzamt bewertete diese Kosten als nicht abzugsfähig, da die Veranstaltungen „Eventcharakter“ aufweisen würden, ein geschlossener Teilnehmerkreis vorgelegen habe und die „Gäste sich durch die Einladung in ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung bestätigt“ fühlen durften. Glücklicherweise ist der BFH (13.7.2016, VIII R 26/14) anderer Auffassung; das Finanzamt habe nicht dargelegt, dass die Aufwendungen einer überflüssigen und unangemessenen Repräsentation dienten. Der Eventcharakter allein würde grundsätzlich einer Abzugsfähigkeit nicht entgegenstehen.

DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI
Partnerschaftsgesellschaft mbB

www.dolcelauda.com

Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main
Tel: +49 69 92 07 15-0 · Fax: +49 69 28 98 59
email: info@dolce.de

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano
Tel: +39 02 76 28 10 29 · Fax: +39 02 78 05 13
email: dl.mi@libero.it

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena
Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · Fax: +39 - 059 - 21 95 41
email: dl.modena@iol.it

Urbanstraße 28 · D-70182 Stuttgart
Tel: +49 711 67 44 192 · Fax: +49 711 67 44 193
email: stuttgart@dolce.de

Schwanthalerstraße 102 · D-80336 München
Tel: +49 89 599 186 26 · Fax: +49 89 599 186 27
email: info@dolce.de

Die Verfasser stehen Ihnen gerne für weitere Hinweise zur Verfügung.
Gli autori sono a Vostra disposizione per ulteriori informazioni.

ac	-	André Castelli	sd	-	Stefan Dangel
rd	-	Rodolfo Dolce	dd	-	Doriana de Luca
gg	-	Giovanni Gelardi	ch	-	Christian Hermann
cm	-	Carlo Malossi	mc	-	Martin Cordella
tl	-	Thanh Lan Nguyen	vr	-	Viviana Ramon
mb	-	Marilena Bacci	ab	-	Angela Bonacina